

# **Glanz und Elend der deutschen Geschichte**

## **Schlüsselergebnisse von 1989 bis 2017**

### **Band 10**

## **Das Märchen von Souveränität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ...**

**Band 10/113**

### **Von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zur Europäischen Union (EU), Teil 2**

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb im Jahre 2007 über die angestrebte Abschaffung der europäischen Nationalstaaten (x281/320-323): >>... Früher wurde der Nationalstaat gefürchtet, weil er als Quelle großer Grausamkeit aufgefallen war. Er war waffenklirrend, kraftstrotzend und anmaßend, zwischen sich und dem Nachbarn zog er eine Grenze aus Haß, die lange Zeit unüberwindbar schien.

Heute wird der Nationalstaat von denen, die ihn gestern fürchteten, als Schwächling bezeichnet. Er sei zu klein geraten, um in der globalen Welt als Problemlöser bestehen zu können, sagen sie. Der Berserker von gestern gilt nun als antiquiert, besitzt angeblich nur noch als Folkloreverein eine Existenzberechtigung.

Wer so redet, vergißt, daß der Nationalstaat noch immer und womöglich für lange Zeit die einzig legitimierte Macht verkörpert. Wer ihn beiseite schiebt, hat nichts zu gewinnen. Er schafft genau das, was er vorgibt, beseitigen zu wollen: Unsicherheit und Instabilität.

Denn mit denselben Argumenten können wir auch das Wohnen in den eigenen vier Wänden aufgeben und mit den vielen Nachbarn der Stadt in der nächstgelegenen Kongreßhalle zusammenziehen. Keine Familie kann glücklich werden nur mit sich allein, so könnte man den Menschen den Umzug in die Gemeinschaftsunterkunft schmackhaft machen. Das moderne Zusammenleben sei nun mal größer und komplexer als das alte Idyll, das doch in Wahrheit keines war.

Fanden nicht in der Kleinfamilie die grausamsten Dinge statt, die Mißhandlung von Frauen, Kindern und Alten, würden wir listig fragen? War dieses vermeintliche Idyll nicht in Wahrheit eine kulturelle Begrenzung, die fast zwangsläufig zur Engstirnigkeit führte, würden wir ihnen einzureden versuchen.

Mit solchen Propagandareden wurden im deutschen Osten erst das Gesellschaftsleben und dann die Landwirte zwangskollektiviert. Im Westen wurden nach ähnlichem Muster in den Wohngemeinschaften die Türen ausgehängt und in den Dörfern die Zwergschulen geplant. Die einen wollten die kleine Parzelle, die anderen die kleine Privatheit überwinden, was sich in beiden Fällen als Irrtum erwies.

Wir sollten deshalb nicht beleidigt sein, sondern daraus die richtigen Schlüsse ziehen, zum Beispiel den, daß der Mensch nur begrenzt als Herdentier taugt. Er legt Wert auf sein Selbstbestimmungsrecht, die Unverletzlichkeit seiner Wohnung ist ihm heilig und auch die Souveränität seines Staates möchte er erhalten. ...

Natürlich ist der Nationalstaat nicht hermetisch abgeriegelt von der Welt. Es gibt Zugluft an allen Ecken. Krankheitsviren nehmen keine Rücksicht auf Paßkontrolle und Einfuhrbestim-

mungen, Drogen und Armutsflüchtlinge strömen genauso herein wie das internationale Spekulationskapital. Der Nationalstaat ist kein Bunker und kein Erdloch, sondern ein Haus mit vielen Eingängen. Er ist daher auch der Ausgangspunkt aller Überlegungen, nicht ihr Endpunkt. Wir mögen ihn, aber wir verehren ihn nicht. Er ist keine Gottheit, die neben sich keine anderen duldet.

Europa braucht selbstbewußte Nationen, die Europa als Chance und nicht als Anmaßung verstehen. Im Moment haben wir beides – zu wenig Europa und zu wenig Nationalstaat. Der eine fühlt sich für die Herausforderung durch die Globalisierung nicht mehr und der andere noch nicht zuständig. Die Nation macht sich kleiner, als sie ist derweil die Brüsseler eine Stärke zur Schau stellen, die sie in Wahrheit nicht besitzen. So treffen die Veränderungen der Globalisierung auf einen Kontinent, dem das politische Kraftzentrum fehlt. Es besteht die Idee als Möglichkeit, aber nicht im wahren Leben der Völker.

Notwendig wäre die Europäisierung des Nationalstaates ...

Europa ist eben nicht der Ersatz des Nationalstaates, sondern sein Partner, zuweilen auch sein Erfüllungsgehilfe. Wer die Dinge besser regeln kann als der andere, bekommt das Recht zum Handeln übertragen. Die Politiker durchstreifen ohnehin nicht selbst die Großstädte auf Verbrecherjagd, sie verhaften nicht und klagen nicht an, und auch das Verurteilen und Wegsperren übernehmen andere. So wie der Nationalstaat hoheitliche Aufgaben an Polizei, Staatsanwaltschaft und Richter überträgt, sollte er auch Europa für sich zu nutzen wissen.

Die Nation bleibt die einzige Quelle von Staatlichkeit, aber nicht ihr alleiniger Vollstrecker. Es kommt nicht zur Abtretung von Hoheitsrechten, wohl aber zu ihrer Übertragung. Die Nation verliert ihre Exklusivität, um im Gegenzug an Durchschlagskraft zu gewinnen. Die europaweite Verbrecher- und Terroristenjagd ist nun mal deutlich effizienter als die kriminalistische Kleinstaaterei, wo der eine den anderen in den Abendnachrichten mit den Grausamkeiten des Tages überrascht.

Ausgerechnet eine europäische Wirtschaftspolitik ist bisher über das Skizzenhafte nicht hinausgekommen. Dabei wäre die Bündelung der ökonomischen Interessen das Einzige, was im Weltkrieg um Wohlstand schnellen Erfolg verspricht.

Eine Forschungspolitik, die weltweite Spitzenleistungen hervorbringt, ist heute nur europäisch vorstellbar. Der Rückfall in nationale Industriepolitik kann nur auf europäischer Ebene verhindert werden.

Gegenüber dem mächtigen Rivalen in Übersee hat Europa nur eine Stimme oder gar keine. In der Welthandelsorganisation sitzen die nationalen Minister ohnehin nur noch als Zaungäste dabei.

Gesucht werden also Politiker, die bereit sind, über das Nationale hinauszugehen, ohne es zu verraten. Fragen von historischer Dimension warten auf ihre Beantwortung: Wie kann eine wirksame Außenvertretung funktionieren, die mehr zu bieten hat als der Grüßaugust, den man heute als Kommissar für die Außenpolitik bezeichnet?

Wie vertreibt man die grauen Gesellen des europäischen Bürokratismus, die bisher als Kräfte der wirtschaftlichen Entschleunigung wirkten?

Was wäre zu tun, um die industriellen Kapazitäten Europas zu konzentrieren, damit sie international mithalten können?

Wie lassen sich gemeinsam die ins Rutschen geratenen Grundlagen der europäischen Staatsfinanzierung neu befestigen?

Welches Regime an den Außengrenzen der EU ist notwendig, um den Mitgliedernationen, ihren Firmen und deren Belegschaften jenen Schutz zu bieten, den sie zu Recht erwarten?

...<<

Bei dem Referendum vom 12. Juni 2008 stimmten 53,4 % der irischen Wähler gegen den Vertrag von Lissabon.

Ungeachtet der irischen Ablehnung des Lissabon-Vertrages beschloß der Europäische Rat am 18./19. Juni 2008, den Ratifizierungsprozeß fortzusetzen.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 6. Dezember 2008 (x887/...): >>Deutsches Geld ja, deutsche Sprache nein

Deutsch wird in der EU immer noch zurückgesetzt - Bundesregierung verlangt stärkere Präsenz

Es erscheint absurd, aber Deutschland zahlt nun bereits über lange Jahre hinweg riesige Summen in den gemeinsamen europäischen Topf ein, während die Sprache der Deutschen im Brüsseler Europa nur eine untergeordnete Rolle spielt. Die letzten Wochen haben erneut bewiesen, daß alle Anstrengungen vom Bundestag und den verschiedenen Landtagen, diesem Mißstand entgegenzuwirken, in der Realität nichts oder so gut wie nichts erbracht haben. Der seit Jahren andauernde Trend einer systematischen Benachteiligung der deutschen Sprache hält weiter an.

Das Geld ihres Hauptnettozahlers Deutschland schluckt die Brüsseler Kasse der Europäischen Union (EU) allerdings gern. Im Jahr 2007 übertrafen die deutschen Einzahlungen mit 7,4 Milliarden Euro die Summen, die an deutsche Empfänger zurückgeflossen sind. ...

Nimmt man zum Beispiel die Jahre von 1995 bis 2003 - wie es der Heidelberger Finanzwissenschaftler Franz-Ulrich Willeke getan hat, den die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" als "einen der besten Kenner der europäischen Finanzen" einstuft -, dann hat Deutschland als Nettozahler in diesem Zeitraum 76,7 Milliarden Euro nach Brüssel gezahlt, gefolgt von Großbritannien mit 16 Milliarden Euro, den Niederlanden mit 14,3 Milliarden und Frankreich mit 11,1 Milliarden Euro. Als Nettoempfänger hielten im genannten Zeitraum die Hand auf: Spanien mit 64,5 Milliarden Euro, Griechenland mit 36,2 Milliarden Euro und Portugal mit 24,1 Milliarden Euro.

Willeke machte zugleich deutlich, daß für eine "angemessene Netto-Zahlung" als Indikator nicht die Einwohnerzahlen von 80 oder 40 Millionen, sondern das Pro-Kopf-Einkommen genommen werden müßte.

Dabei zeigt sich, daß für den genannten Zeitraum von 1995 bis 2003 Deutschland weit hinter anderen liegt: zum Beispiel mit 25.616 Euro hinter Frankreich (26.616 Euro), Belgien (26.470 Euro) und Großbritannien 27.179 Euro).

Die Berechnungen Willekes zeigen, daß die tatsächlichen Zahlungen Deutschlands weit über ein angemessenes Maß hinausgehen. Sein Fazit: Die Deutschen wurden in den untersuchten Jahren relativ am stärksten zur Zahlung herangezogen.

Im November haben nun die Bundesregierung und mehrere Bundesländer, ermahnt und gestützt von Bundestag und Landtagen, mit Nachdruck eine Gleichstellung des Deutschen mit den beiden anderen Arbeitssprachen Englisch und Französisch in der Praxis des europäischen Alltags verlangt. Längst wird die deutsche Sprache, die zu den 23 Amtssprachen zählt und formell eine der drei "Arbeitssprachen" ist, bei der Übersetzung wichtiger Arbeitsdokumente schlicht übergangen.

So liegen manche Rechtstexte, die der Bundestag ratifizieren muß, nur auf Englisch oder Französisch vor, wirtschaftlich bedeutsame Ausschreibungen der Brüsseler Behörden sind erst "nach verdächtig langer Zeit" in deutscher Übersetzung vorhanden, Internetseiten der Ratspräsidenschaften ebenfalls. ...<<

Die schweizerische Online-Zeitung "Zeit-Fragen" Nr. 25 berichtete am 20. Juni 2011: >>Jean Monnet als Sondergesandter des amerikanischen Präsidenten Roosevelt

Im ersten Teil unserer Darstellung zu Jean Monnet (Zeit-Fragen Nr. 38 vom 27.9.2010 unter dem Titel "Moloch EU und Strippenzieher Jean Monnet") haben wir gezeigt, wie Monnet, einer der sogenannten "Gründerväter Europas", sich als internationaler Kognakhändler und Bankier in den Jahren vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg im angloamerikanischen

Finanz- und Politikmilieu vernetzte. Im folgenden Teil werden wir Monnets diverse Aktivitäten bis 1945 beschreiben.

Durch diese Aktivitäten zieht sich wie ein roter Faden das Bemühen, die Souveränität der europäischen Nationalstaaten anzutasten und aufzubrechen, mit dem Ziel der Herstellung eines großräumigen Marktes, sprich Absatzmarktes im Interesse der US-amerikanischen Wirtschaft. In diesem Zusammenhang muß man auch seine Aktivitäten im Kontext der französischen Politik sehen.

Im folgenden wird viel von Frankreich die Rede sein, dem ganz eindeutig - und das wird im dritten Teil unserer Untersuchung u.a. Thema sein - eine ganz bestimmte Rolle bei der Gründung der "Vereinigten Staaten Europas von Amerikas Gnaden" zugeordnet war.

Eine wohl sehr treffende Beschreibung Monnets und der Art, wie er sich bewegte, gibt die Journalistin und erste Alterspräsidentin des Europäischen Parlaments Louise Weiss (1893-1983), die Monnet recht gut kannte, in ihren Mémoires d'une Européenne: "Geniales Leuchten in den dunkelbraunen Augen des kleinen Jean Monnet, wenn er geheimnisvoll, lebendig und charmant seine Einflußnetze knüpfte, die dem Völkerbund von Anfang an eine beträchtliche Macht sicherten.

Seine Verhandlungen während des Kriegs hatten ihm alle Türen geöffnet und auch die Tresore der Finanzbastionen der City, der Wall Street, ja sogar der chinesischen Häfen. Die Eigentümer der Zeitungen kannten ihn, aber er schlich und glitt wie eine Natter zwischen den Federn ihrer Redakteure einher. Öffentlichen Verhandlungen, die ihn gefangengenommen hätten, zog er die freien Suggestionen seiner speziellen Vorstellungen vor. Er hatte so seine Art. Er war ein Eingeweihter. Diese Art faszinierte bald die ganze Welt."

### **Internationale Hochfinanz**

Sehr früh also war Monnet ein einflußreicher Mann geworden, der eine erstaunlich breite Klaviatur besaß, insbesondere für die damalige Zeit. Er ging bei den wichtigsten politischen Führern der Londoner und New Yorker Finanzelite und den hohen Beamten des amerikanischen Außenministeriums ein und aus. 1923 hatte er den Völkerbund verlassen. Seit er 1926 Vizepräsident der neu eröffneten Europa-Abteilung der sehr mächtigen amerikanischen Investment Bank Blair & Co. geworden war, nahm er auch an Finanzoperationen von sehr hohem Niveau teil. Er organisierte die Vergabe von amerikanischen Krediten zur Stabilisierung des Franc im Jahr 1926, der des Zloty, der polnischen Währung, und im Jahr 1928 der des Leu, der rumänischen Währung.

Kurz darauf übte er seine Tätigkeit als Finanzberater in China an der Seite von Chiang Kai-shek aus, organisierte Anleihen für die chinesische Regierung und gründete auf Vermittlung von John Foster Dulles, dem späteren US-Außenminister, die Bank Monnet, Murnane & Co., um den Geldfluß nach China zu sichern. Diese Bank wird später auch einträgliche Geschäfte mit Hitler-Deutschland abschließen. Monnet fungierte als außerordentlich geschickter und erfolgreicher Verbindungsmann zwischen den Interessen der US-amerikanischen Finanz-, Geschäfts- und Politikwelt einerseits und den entsprechenden Kreisen der restlichen Welt, insbesondere Europas.

### **Geschäfte und Souveränitäten**

So war es nicht überraschend, daß der damalige französische Premierminister Daladier (1884-1970) ihn 1938, als England noch seine Appeasement-Politik betrieb, beauftragte, in größter Diskretion für die französische Armee Flugzeuge in Amerika zu besorgen, um die desolate Situation der französischen Luftwaffe zu verbessern. Bei der Ausführung dieses Auftrages lernte er durch Vermittlung von US-Botschafter W. Bullitt den amerikanischen Präsidenten (1933-1945) Roosevelt kennen.

Die Schwierigkeiten bei diesem Projekt bestanden darin, daß Frankreich einerseits Probleme bei der Bezahlung hatte, der amerikanische Finanzminister (1934-1945) Henry Morgenthau

aber die Finanzierung gesichert sehen wollte. Außerdem mußten Wege gefunden werden, das Neutralitätsgesetz zu umgehen oder außer Kraft zu setzen. Nachdem dieses im November 1939 gelockert worden war, kamen der britische Regierungsberater in Industrieangelegenheiten und Kabinettschef Chamberlains, Horace Wilson, der schon eine Schlüsselrolle in Chamberlains Appeasement-Politik gespielt hatte, und Monnet überein, die französischen und britischen Waffenkäufe zu vereinen.

Monnet, der sich schon während des Ersten Weltkriegs in London mit Waffenkäufen beschäftigt hatte, fand nun die gleichen Bedingungen vor, wie er sie schon damals gekannt hatte und übernahm auch die gleichen Funktionen. Er hatte sehr schnell verstanden, daß die Amerikaner seit dem Ersten Weltkrieg eine größere Rolle in der Welt spielten und sich darauf eingestellt.

### **Fusionierung der Souveränitäten**

Die Idee einer engen britisch-französischen Union kam aus dem Chatham House, das von 1925 bis 1956 von dem Geschichtsphilosophen Arnold Toynbee geleitet wurde. Seit 1938 hatte man in Verbindung mit dem "Zentrum für außenpolitische Studien in Paris die Idee einer Annäherung der beiden Staaten in vielen kleinen Zirkeln unter Ausschluß der Öffentlichkeit diskutiert. Aber als Toynbee 1940 nach Paris fuhr, bekam das Projekt Publizität und Aktualität. Es wurde sozusagen lanciert: Bei seiner Rückkehr ließ Toynbee in London ein Memorandum verfassen, den ... Gründungsakt einer dauerhaften Vereinigung Frankreichs und Englands.

Dieser Plan diene auf der einen Seite dazu, Frankreich durch militärische, wirtschaftliche und politische Kooperation mit England gegen einen Angriff Hitler-Deutschlands zu stützen. Auf der anderen Seite war damit die Absicht verbunden, eine Fusion der Souveränitäten beider Länder herbeizuführen. Monnet schlug in Zusammenarbeit mit seinem Freund Vansittart dieses Projekt einer totalen Fusion der Souveränitäten vor. Die Idee war nicht ganz neu. Monnets Freund Bullitt hatte schon 1936 von "these dingy little states" in Europa gesprochen, die es eigentlich nicht wert seien als Staaten bezeichnet zu werden.

Das Projekt war jetzt also lanciert. In England redeten insbesondere die Minister davon. In Frankreich führten es eher Intellektuelle und Pressekreise in die Diskussion ein. Bei seiner Realisierung spielte Jean Monnet eine Schlüsselrolle. 1939 begab er sich nach London und sandte parallel an den englischen Premierminister Churchill (1940 bis 1945 und 1951 bis 1955) und an den französischen Ministerpräsidenten Reynaud (Mai 1940 bis Juni 1940) eine Note, in der er seiner Befürchtung Ausdruck verlieh, daß Hitler England und Frankreich auseinanderdividieren könnte. Deswegen mußten die Verbindungen unauflöslich gemacht werden:

Die Kräfte der beiden Staaten müßten wie eine einzige Kraft eingesetzt werden. Um seiner Argumentation noch weiteres Gewicht zu geben, fügte er - ein für ihn typisches Vorgehen - hinzu: Die fast unbegrenzte Produktionskraft der Amerikaner würde sich ihnen nur dann zur Verfügung stellen, wenn sie selbst eindeutig die Bereitschaft bekundeten, gemeinsam zu kämpfen. Ansonsten könne man die Hilfe der Amerikaner vergessen. Damit wurde Monnet im September 1939 ein "allierter Funktionär" der britischen und französischen Regierung, der über den nationalen Interessen stand.

### **Auf der falschen Seite?**

Als Frankreich dann in der "drole de guerre", dem "seltsamen Krieg", vom 10.5. bis 22.6.1940 Hitler-Deutschland unterlag, stellte sich für die französischen Eliten die Frage der Kapitulation und des Waffenstillstands oder des Weiterkämpfens von den französischen Kolonien aus. Durch eine gezielte Propaganda wurden die Namen von General Weygand und Marschall Pétain, beide Sympathisanten Hitler-Deutschlands und fanatische Antikommunisten, als Retter Frankreichs verbreitet.

Der aus dem Ersten Weltkrieg in gewissen Kreisen mit großem Ansehen verbundene Name

des Marschall Pétain, dem sogenannten "Sieger von Verdun", verleitete viele Politiker dazu, ihm in den Waffenstillstand zu folgen. Pétain unterschrieb diesen als letzter Ministerpräsident der Dritten Republik, um danach Staatschef des neu geschaffenen Etat Français zu werden, der mit Hilfe eines Ermächtigungsgesetzes ... die Republik abschaffte und ein mit Hitler kollaborierendes autoritäres Regime, das nach dem Regierungssitz benannte Vichy-Régime installierte.

Charles de Gaulle, der in jungen Jahren als Berufssoldat auch ein Bewunderer Pétains gewesen war, vollzog diesen Schritt nicht mit. Er verurteilte den Waffenstillstand mit Nazi-Deutschland und begab sich mit einigen Mitstreitern nach London. Von dort aus forderte er mit der Erlaubnis Churchills am 18. Juni in seinem berühmten Appel du 18 Juin über die BBC das französische Volk auf, den Waffenstillstand nicht zu akzeptieren und den Kampf an der Seite Englands und Amerikas weiterzuführen.

Nur einige wenige waren bei ihm, mit denen er dann eine Widerstandsorganisation, das Comité National Français (CNF) aufbaute. Hier in London begegneten sich Jean Monnet und de Gaulle.

Wie ist es nun zu erklären, daß Monnet, der offiziell ein erklärter Gegner Vichy-Frankreichs war, de Gaulle keineswegs unterstützte, als dieser 1940 in London begann, den Widerstand gegen die deutsche Besatzung Frankreichs zu organisieren?

Monnet fuhr in die USA, um dort im Auftrag Churchills Waffen für England zu kaufen. Er blieb dort und wurde in den harten Kern des Beziehungsnetzes im engsten Kreis um Präsident Roosevelt integriert (Dean Acheson, Staatssekretär im Außenministerium; Felix Frankfurter, Richter am obersten amerikanischen Gerichtshof; Francis Biddle, Justizminister; Phil Graham, Medienzar).

Während dieser Zeit verkehrte er auch in Exilkreisen, die gegen de Gaulle bei der amerikanischen Regierung intrigierten. Monnets diverse Argumente, de Gaulle sei ein Diktator, faschistisch, psychotisch, sei Hitler ähnlich, habe keine Legitimation, die Franzosen zu vertreten usw. wurden beliebig benutzt, um ihn zu desavouieren und als Kopf einer Nachkriegsregierung unmöglich zu machen.

De Gaulles Position paßte ihnen nicht, weil er mit all ihm zur Verfügung stehender Kraft die Souveränität Frankreichs wiederherstellen wollte. Über die Landung der US-amerikanischen Flotte in Algerien wurde de Gaulle in London weder informiert, geschweige denn darin einbezogen.

Die amerikanische Regierung glaubte, in General Giraud einen passenden Mann gefunden zu haben, den sie für ihre Zwecke benutzen konnte. Er wurde im Dezember 1942 zum Hochkommissar für Französisch Nord- und Westafrika gemacht. Es mußte ihm nur noch schnell ein demokratisches Mäntelchen umgehängt werden, damit er für die Weltöffentlichkeit präsentabel wurde. Diese Aufgabe übernahm Monnet in seiner Funktion als Sondergesandter des amerikanischen Präsidenten Roosevelt. Einen französischen Auftrag hatte er nicht.

Die Tatsache, daß Giraud in Algerien die rassistischen bzw. faschistischen, an Hitler-Deutschland angelehnten Vichy-Gesetze gegen Juden und Résistance-Kämpfer anwandte, wurde in diesem Zusammenhang von den Machthabern als quantité négligeable angesehen. Eine Tatsache, die um so schwerer wiegt, als ohne die aktive Unterstützung von etwa 400 Widerstands-Kämpfern die Landung der alliierten Streitkräfte im November 1942 wesentlich schwieriger gewesen wäre, da die Vichy-Verwaltung erheblichen Widerstand leistete. Diese Tatsachen zeigen deutlich, daß de Gaulle nicht der "Mann Amerikas" war und die Vorwürfe ihm gegenüber als Propagandalügen angesehen werden müssen.

### **Aktiv im Dienste Roosevelts**

In Algier befolgte Monnet als direkter Sondergesandter Roosevelts dessen Aufträge. Dabei halfen ihm große Summen amerikanischer Gelder, ermöglicht durch den Lend-Lease-Act.

Insgesamt erhielt Frankreich auf diesem Wege während des Krieges 4 Milliarden Dollar. Monnet organisierte damit u.a. die Versorgung der "Forces françaises libres". Dabei arbeitete er eng mit dem jungen Finanzberater Christian Valensi zusammen, der wie Monnet über ein bedeutendes Beziehungsnetz auf beiden Seiten des Atlantiks verfügte und auch nach Kriegsende maßgeblich beteiligt war an der Beschaffung amerikanischer Kredite zusätzlich zu Geldern aus dem Marshall-Plan.

Gleichzeitig boykottierte Monnet das nationale Befreiungskomitee in London unter Führung de Gaulles, der von der Gesamtheit der französischen Résistance anerkannt und mit deren Leitung beauftragt worden war. Als jedoch immer deutlicher wurde, daß es an de Gaulle kein Vorbeikommen gab, bezog man ihn mit ein, in der Hoffnung, ihn in einem großen Komitee "ertränken" zu können, d.h. kaltzustellen.

Hier in Algier wurden die konkreten Pläne für den Wiederaufbau Frankreichs und Europas nach dem Krieg entworfen und die zukünftigen "Regierungsmannschaften" aufgestellt. Monnet wirkte dabei entscheidend mit. Er selbst war im provisorischen Kabinett oder "großen Komitee" als Minister für Waffenbeschaffung, Versorgung und Wiederaufbau vorgesehen. Er brachte seine in den USA entwickelten Vorstellungen vom wirtschaftlichen Aufbau Frankreichs und Europas ein und traf bei all den Männern, mit denen er seit den Zeiten im Völkerbund Kontakte geknüpft hatte, auf offene Ohren.

Gleichzeitig versuchten Eisenhower und Roosevelt über General Giraud direkt Einfluß auf die Politik des Komitees zu nehmen, indem sie die Einstellung der amerikanischen Waffenlieferungen in Aussicht stellten für den Fall, daß Giraud seine Stellung in dem Komitee, die durchaus umstritten war bei den Franzosen, nicht behalten würde.

Monnet hatte in seinen "amerikanischen Jahren" auf Grund seiner engen Beziehungen zur dortigen Machtelite deren Vorstellungen vom Nachkriegseuropa aufgenommen. So war er eng mit dem späteren Außenminister John Foster Dulles befreundet, der 1941 in einem Artikel vorschlug, Europa nach dem Krieg zentralistisch zu reorganisieren, und behauptete, es sei ver-rückt, den einzelnen europäischen Staaten wieder die volle Souveränität zuzugestehen.

Das amerikanische Magazin "Fortune" und der Journalist John Davenport, zu denen Monnet sehr enge Beziehungen unterhielt, war das Sprachrohr der Hochfinanz und der amerikanischen Kartelle.

1943 wurde dort die Gründung einer europäischen Transportgemeinschaft vorgeschlagen, die über den Staaten stehen sollte, sowie eine europäische Währungsunion, die von einer europäischen Bank dirigiert werden sollte. Europa sollte sich eng an Amerika und England anlehnen. Monnet nahm die amerikanische Botschaft auf: Schnell handeln, um Westeuropa zu einen und einen großen Markt schaffen mit oder ohne gemeinsame Behörde, schließlich Frankreich dazu anstiften, eine europäische Föderation zu schaffen, um Deutschland einzubinden.

1943 entwirft er eine Denkschrift für das CFLN, in der er die Gründung einer Wirtschafts-gemeinschaft vorschlägt, die von einer französischen Initiative ausgehen soll, "um eine demo-kratische Ordnung in Europa zu schaffen. **Europa kann zu einem Staat werden, der Frie-den und Glück bringt", indem er sich über die nationalen Souveränitäten erhebt.**

Die Rolle Frankreichs ist damit festgelegt: Speerspitze der europäischen Einigung mit Monnet als treibender Kraft ohne jede parlamentarische Legitimation.

Diese in den USA entwickelten Vorstellungen und Pläne für das Nachkriegs-Europa geben eine erste Antwort auf die Frage, warum die USA de Gaulle ausbooten wollten. Seine Psychi-atriisierung und Abstempelung als Faschist waren Mittel zu dem Zweck, den Kopf der Bewe-gung, die für die Souveränität Frankreichs eintrat, auszuschalten. Wenn man de Gaulle selbst liest und die Untersuchungen zu den Hintergründen der amerikanischen Außenpolitik des 20. Jahrhunderts, wie wir sie in unserem ersten Artikel angedeutet haben, einbezieht, so kommt man der Wahrheit ein weiteres Stück näher.

## **De Gaulle und Roosevelt - Pläne für die Welt nach dem Krieg**

De Gaulle beschreibt in seinen Memoiren seine Unterhaltung mit Roosevelt im Juli 1944 in Washington. Im Laufe dieser Unterhaltung legte Roosevelt seine Strategieüberlegungen für die "Welt" nach dem Zweiten Weltkrieg dar. Roosevelts Vision erschien de Gaulle mehr als beunruhigend für Europa und insbesondere Frankreich. De Gaulle führt wörtlich aus: "(Roosevelt) gedenkt nun ein internationales System zu schaffen, das auf ständige Intervention hinausläuft. Er denkt an ein Viererdirektorium: Amerika, Sowjetrußland, China und Großbritannien sollen die Weltprobleme regeln.

Ein Parlament der Vereinten Nationen soll der Macht dieser "vier Großen" einen demokratischen Anstrich geben. Aber wenn man (das heißt die USA) die Welt nicht auf Gnade und Ungnade den drei anderen ausliefern will, muß solch eine Organisation, meint Roosevelt, die Anlage amerikanischer Stützpunkte in allen Teilen der Erde und zum Teil auch auf französischem Gebiet einschließen.

Roosevelt glaubt, auf diese Weise die Sowjets in eine Gemeinschaft hineinbringen zu können, die ihre Ambitionen in Schach halten wird und in der Amerika seine Klientel um sich scharen kann. Von den "vier Großen" ist, wie er weis, das China Chiang Kai-schek von seiner Hilfe abhängig, während die Engländer, sofern sie nicht ihre Dominien verlieren wollen, sich seiner Politik beugen müssen. In bezug auf die mittleren und kleineren Länder wird er in der Lage sein, auf sie dank amerikanischer Hilfeleistungen einzuwirken.

Schließlich werden das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die amerikanische Auslandshilfe, das Vorhandensein amerikanischer Stützpunkte in Afrika, Asien und Australien dem Entstehen neuer souveräner Staaten förderlich, die die Zahl derer vermehren werden, die den Vereinigten Staaten verpflichtet sind. In solcher Perspektive können die eigentlichen Probleme Europas ... nur von nebensächlicher Bedeutung sein".

De Gaulle erkannte in dieser Konzeption einen ausgesprochenen "Willen zur Macht" und den Willen, Europa zu dominieren. Er wies darauf hin, daß dieser Plan den Westen in Gefahr bringen würde. "Werde man nicht, wenn man Westeuropa als zweitrangig behandle, gerade der Sache schaden, der man zu dienen glaubt: der Sache der Zivilisation?" ...

"Der Westen ist es, sage ich zu Präsident Roosevelt, den man wieder aufbauen muß. Wenn das geschehen ist, wird ihn sich die übrige Welt wohl oder übel zum Vorbild nehmen. Wenn es nicht geschieht, wird es der Barbarei gelingen, alles hinwegzufegen. Westeuropa ist trotz seiner Zerrissenheit für den Westen von wesentlicher Bedeutung. Nichts kann den Wert, die Kraft, die Ausstrahlung der alten Völker ersetzen."

Roosevelt sprach dann von seiner großen Enttäuschung über das französische Volk, das sich einfach so von den Nazis hatte überrennen lassen. De Gaulle, der sehr höflich war, entgegnete ihm nichts. Aber er dachte: Wenn Amerika Frankreich sowohl nach dem Ersten Weltkrieg geholfen hätte, wie auch zu Beginn des Zweiten, oder wenn man ihn, General de Gaulle, unterstützt hätte anstelle des Vichy-Regimes, dann wäre es vielleicht anders gekommen.

Es wird damit deutlich, daß de Gaulle die angebliche Enttäuschung Roosevelts als unehrlich empfand. Er verließ Roosevelt mit der Überzeugung, daß in den Beziehungen der Staaten untereinander die Logik und das Gefühl nicht schwer wögen im Vergleich zu den Realitäten der Macht. Allein was man sich nehme und was man zu halten wisse habe Bedeutung. Frankreich könne nur auf sich selber zählen, wenn es wieder seinen Platz unter den Nationen erlangen wolle.<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete im Juni 2011 über die Europäische Union (x878/...): >>**Europa und das deutsche "nationale Interesse"**

Eine Anekdote vorab. Bei meinem ersten Besuch als Berufsanfänger 1972 in Brüssel klärte mich ein freundlicher italienischer Kollege beim Mittagessen über die Funktionsweise der



europäischen Einigung auf: die Franzosen erfinden es, die Deutschen bezahlen es und die Italiener finden Wege, wie sie am besten davon profitieren.

Viel scheint sich seither nicht geändert zu haben. Bestanden damals die Europäischen Gemeinschaften (EG) mit Frankreich, Italien, der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden, Belgien und Luxemburg aus 6 Mitgliedstaaten, so ist die Europäische Union (EU) heute, 2011, auf 27 Staaten angewachsen. Ergänzt man Italien um die sogenannte Südschiene oder Peripheriestaaten mit Griechenland, Spanien, Portugal und Irland und die Bundesrepublik um die Niederlande, Österreich und die skandinavischen Länder, so besteht das Grundmuster weiter: die Südländer profitieren von den Finanztransfers, die Nordländer bezahlen sie, während Frankreich den politischen Takt vorgibt (u.a. Durchsetzung des Euro, Vorschläge zu einer europäischen Wirtschaftsregierung).

Das ist natürlich eine verkürzte Sicht, aber das Schlaglicht, das damit auf den europäischen Einigungsprozeß geworfen wird, ist so falsch nicht. Die Spannungen und Bruchstellen der EU werden an diesen Grundlinien deutlich. ...

## **II. Europaweite Probleme**

... Die Union schiebt Entscheidungen vor sich her und wird durch ihre Unfähigkeit, Probleme zu lösen, selbst Teil des Problems. Von außen und von innen wird sie dann als das wahrgenommen, was der deutsche Staatsrechtslehrer Samuel Pufendorf im 17. Jahrhundert über das alte "Heilige Römische Reich Deutscher Nation" sagte: er nannte es ein "monstrum simile", ein handlungsunfähiges Konglomerat unterschiedlichster, verquerer Interessen.

Soweit ist es noch nicht. Aber wenn die Europäische Union keine Probleme mehr lösen kann, wird sie bald als unnütz angesehen werden. Begeisterung wird sie nicht mehr entfachen, ihr werden keine Interessen mehr geopfert, Solidarität kann sie keine einfordern, schon gar nicht finanzieller Art. Ein langer Problemstau kann das europäische Projekt so beschweren und verdunkeln, daß die Europäische Union schließlich als Fessel angesehen wird. Das Schicksal der Sowjetunion, der Habsburger Monarchie aber auch Jugoslawiens sollte zu denken geben. ...

## **III. Deutsche Probleme**

... Europas Gründung auf Trümmern Deutschlands

Zur Erklärung ist ein kurzer Rückblick auf die Geschichte notwendig. Der Beginn der europäischen Integration in den 50er Jahren des letzten Jahrhunderts fand auf den Trümmern des besiegten Deutschland statt, das 1945 bedingungslos kapituliert hatte. Nur ein deutscher Teilstaat, die Bundesrepublik nahm an den ersten Schritten des Integrationsprozeß teil. Teilsouveränität erlangte die Bundesrepublik nur, indem sie sich in die europäische Einigung (und die NATO) einklinkte.

Diese Selbstbindung galt für die Bundesrepublik bis zur Wiedervereinigung 1990. Sie wurde nicht hinterfragt, denn sie garantierte den Wiederaufstieg und die wirtschaftliche Wohlfahrt der Westdeutschen, deren Interessen sie entsprach. Die Kehrseite war eine deutsche politische Bescheidenheit und Zurückhaltung, die den Führungsanspruch in den europäischen Institutionen weitgehend Frankreich überließ; ökonomisch übernahm die Bundesrepublik die Rolle des Zahlmeisters. Freiwillig überließ man u.a. erst dem Französischen, dann dem Englischen die sprachliche Dominanz in den europäischen Institutionen.

Der Euro und die Wiedervereinigung

Die Wiedervereinigung stellte die Nachkriegsordnung und damit die bisher bestehenden Grundlagen der europäischen Einigung in Frage. Der Präsident Frankreichs, Mitterrand, machte seine Zustimmung zur deutschen Einheit von der Aufgabe deutscher Souveränität in Gestalt der D-Mark und der Einbindung Deutschlands in einen europäischen Währungsverbund abhängig. (Die USA bestanden auf einem Verbleib Gesamtdeutschlands in der NATO, was auch eine fortbestehende signifikante US-Truppenpräsenz in Deutschland bedeutete.)

Zwar wird der Zusammenhang zwischen Wiedervereinigung und Aufgabe der D-Mark zugun-

sten des Euro immer wieder bestritten, aber er ist so offenkundig, daß sich eine Diskussion nicht lohnt. Bundeskanzler Helmut Kohl hat mit seinem außerordentlichen historischen Verständnis diese Zusammenhänge in den entscheidenden Jahren 1989/1990 gesehen und entsprechend gehandelt. Er tat dies im deutschen nationalen Interesse, denn ohne diese Konzession wäre die Wiedervereinigung nicht zu haben gewesen. ...

#### Deutschland als Zahlmeister

Schon zu Zeiten der alten Bundesrepublik hat sich Bonn beklagt, der Zahlmeister des europäischen Einigungswerks zu sein. Die Klage galt vornehmlich der gemeinsamen Agrarpolitik. Bei der Schaffung der Euro-Währung hat Deutschland durchgesetzt, daß daraus unter keinen Umständen eine Haftungs- und Transferunion werden darf. Jedes Land sollte für seine eigene Fiskalpolitik verantwortlich sein; es wurde ausdrücklich ausgeschlossen, einen Partner herauszuheben zu müssen, wenn er in Schwierigkeiten geriet und seine Schulden nicht mehr bedienen konnte (No-bail-out-Klausel).

Mit Entsetzen wurde in den meisten deutschen Medien und von vielen deutschen BürgerInnen registriert, wie beim ersten Hilfspaket für Griechenland vom 9. Mai 2010 die beschlossenen Regeln der Währungsunion mißachtet wurden. Die Regeln waren offensichtlich das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben worden waren. Mit dem Hilfspaket für Griechenland wurde der Weg in die europäische Haftungs- und Transferunion beschritten - auf Kosten Deutschlands, das wieder einmal die finanzielle Hauptbürde zu tragen hatte. Das i-Tüpfelchen war die Aussage der Bundesregierung, das Ganze sei "alternativlos".

Seither wächst mit jedem Hilfspaket (Portugal, Irland, nochmals Griechenland) der Frust in Deutschland weiter. Das war gewiß nicht vereinbart worden, als im Zuge der Wiederherstellung der Einheit die Hoheit über die starke D-Mark aufgegeben worden war. Was 1989/1990 eine vertretbare Konzession gewesen war, wurde zur Falle, aus der es keinen Ausweg zu geben scheint; denn die Rettungspakete waren/sind ja "alternativlos". Deutschland hatte dem Euro unter der Voraussetzung zugestimmt, daß von allen Partnern eine verantwortungsvolle Wirtschafts- und Finanzpolitik gemacht werden würde; auch sollte der Euro gut von der Europäischen Zentralbank (EZB) gemanagt werden. Wie es sich zeigt, war beides nicht oder nur zum Teil der Fall.

Der Euro wird in der Wahrnehmung der meisten deutschen Medien und vieler Deutschen zur Fessel, die dazu zwingt, die Schulden anderer, die eben nicht verantwortungsvoll gewirtschaftet haben, "alternativlos" mit zu tragen - sei es mit Krediten, sei es über Bürgschaften. Und ein Ende ist nicht abzusehen. Die Vorteile des Euro - so wird argumentiert - scheinen die Nachteile immer weniger aufzuwiegen: denn exportieren würde die deutsche Wirtschaft wie früher auch ohne den Euro; im Übrigen hätten die europäischen Nachbarn mit den Importen aus Deutschland auch Sachwerte (werthaltige Industrieprodukte) erhalten. Und ohne den Euro würde man wie früher im europäischen Ausland im Urlaub einfach Geld tauschen, so schwierig sei das auch nicht gewesen. Es kann nicht ausbleiben, daß aus solchen Überlegungen auf deutscher Seite Ressentiments erwachsen ...

#### **IV. Deutschland in der Kritik**

##### ... Frankreich: Kritik am Euro - Verrat an Europa

Frankreich führt eine andere Klage. Seit dem Beginn der europäischen Integration war von Frankreich vorgedacht worden, was dann von den Deutschen bezahlt worden ist. Mit Recht weisen die Franzosen darauf hin, daß auch Deutschland dabei nicht zu kurz gekommen ist und seine Wirtschaft stets ihren Vorteil darin fand. Mit der Euro-Währung hat die französische Politik geglaubt, Deutschland, den als mächtig bis übermächtig empfundenen Nachbarn endgültig in ein französisch entscheidend mitgeprägtes Interessengeflecht eingebunden zu haben. Unter dieser Bedingung hatte Frankreich der deutschen Einheit 1989/1990 letztlich zugestimmt - was dem französischen Präsidenten Mitterrand angesichts der deutsch-französi-

Geschichte gewiß nicht leicht gefallen ist.

Im Glauben an das gemeinsame deutsch-französische Projekt Europa hat Mitterrand die deutsche Einheit schließlich abgesegnet. Wenn die Bundesregierung nun in der Folge der Schuldenkrise einer Weiterentwicklung und Vertiefung der Währungs-Union nur zögerlich oder gar nicht zustimmt, so fühlt sich Paris düpiert. Die Weiterentwicklung und Vertiefung liegt aus französischer Sicht in der Logik der Sache, eine Währungs-Union muß sich neuen, veränderten Umständen anpassen (können), sonst geht sie unter. Natürlich sieht man in Frankreich, daß Deutschland den Hauptteil der Kosten tragen muß - Frankreich aber fast ebenso so viel. Einfach formuliert: Wo Deutschland versucht, seine traditionelle Zahlmeisterrolle allmählich abzuschütteln, sieht Frankreich den Euro und seine notwendige Weiterentwicklung in Richtung Wirtschaftregierung in Frage gestellt. ...

## **VI. Deutsches nationales Interesse: ein funktionsfähiges Europa**

### ... Bisherige Hilfspakete zerstören Europa

Die bisherigen Ansätze für eine Lösung der Schuldenkrise der europäischen Randstaaten laufen auf eine Haftungs- und Transfergemeinschaft hinaus. Die SteuerbürgerInnen einiger Staaten werden in einer Weise mit Krediten und Bürgschaften in Anspruch genommen, die den Atem verschlägt. Diese Politik würde sicherlich - zähneknirschend - hingenommen und mitgetragen, wenn sie erfolgreich wäre, wenn sie funktionieren würde. Oder wenn die begründete Aussicht bestünde, daß sie funktionieren würde. Genau das tut sie aber nicht, wie die Entwicklung in Griechenland zeigt.

### Deutsche Transferunion kein Vorbild

Kritikern der Entwicklung in die europäische Haftungs- und Transferunion wird entgegen gehalten, daß es in Deutschland ja auch eine Haftungs- und Transferunion gibt - warum also nicht auch auf EU-Ebene? Wer an den Länderfinanzausgleich denkt, weiß, wie umstritten dieser ist. Es hat auch von der Reichsgründung 1871 bis zur alten Bundesrepublik gedauert, ehe ein Finanzausgleich eingeführt wurde. Das ist keineswegs selbstverständlich. Der Appell an die Solidarität trägt nicht wirklich weit, wenn es ums Geld geht. Zank und Streit ist die Folge. Wollen wir das wirklich auf die europäische Ebene übertragen, wo der Zusammenhalt doch sehr viel geringer ist als auf der deutschen, nationalen Ebene? Alle Erfahrungen sprechen dagegen.

### Kein Völkergefängnis

Wenn die europäischen Empfängerländer im Süden und die Geberländer im Norden überfordert werden, wird aus der Europäischen Union ein "Völkergefängnis". Wenn beide Seiten unter der Knute und dem Diktat der Banken und Finanzmärkte leiden, weil die Euro-Rettung falsch angegangen wurde, wird aus der Europäischen Union ein Joch, dessen sich die Völker bald entledigen wollen. ...

### Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende

... Wie die Europäische Union bisher funktioniert hat, wird versucht werden, Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit sie den Geldbeutel wieder weiter aufmacht. Die Bundesregierung muß standhaft bleiben. Auf keinen Fall darf sie die außenpolitische Fehlleistung bei der Libyen-Resolution im UN-Sicherheitsrat am 17. März 2011 mit finanziellen Mittel ausgleichen, ein Reflex, auf den einige unserer Partner setzen.

Sie darf auch nicht den verlockenden Schalmaientönen derer folgen, die in der Ausgabe von Euro-Anleihen, sog. Eurobonds einen Ausweg sehen, Eurobonds, deren Haftung sich im Nirgendwo internationaler Finanznebel zu verlieren scheinen, die aber im Ernstfall unweigerlich zum großen Teil auf den deutschen Steuerzahler zurückfallen. Das wäre eine Schuldenmacheri, auf die die deutsche Regierung keinen Einfluß mehr hätte, für die die Deutschen irgendwann aber den größten Teil der Haftung übernehmen müßten. ...<<

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 25. Juli 2011: >>Die EU als Transferunion

### **Hat Deutschland 61 Milliarden Euro zu viel bezahlt?**

Dieses Buch ("Deutschland, Zahlmeister der EU". Olzog Verlag, München 2011) ist eine trockene und doch brisante Lektüre, mit sehr vielen Zahlen, Tabellen und Rechnungen. Es diskutiert Deutschlands Rolle als "Zahlmeister" der Europäischen Union (EU) und das Reizthema Transferunion.

Der Autor Franz-Ulrich Willeke, emeritierter VWL-Professor an der Universität Heidelberg, kommt auf unglaubliche Summen: 324 Milliarden Euro steuerte Deutschland seit der Wiedervereinigung zu den operativen Ausgaben der EU bei, 178 Milliarden Euro flossen zurück. Für den Zeitraum 1991 bis 2008 errechnet Willeke so die gigantische Summe von 146 Milliarden Euro Nettoszahungen durch Deutschland. ...

Deutschlands Nettobeitrag ist der absolut größte in der EU. Die 146 Milliarden Euro seit der Wiedervereinigung schulterte das Land zusätzlich zur Belastung durch den Aufbau Ost. Angesichts der bisherigen Zahlungsströme muß man die Europäische Union schon längst als eine große Transferunion bezeichnen. Seit Anfang der neunziger Jahre hat sie fast 300 Milliarden Euro bewegt. Das Geld floß vom Zentrum in die Peripherie, vor allem nach Südeuropa, in die heutigen Pleitestaaten.

Willeke ist nicht grundsätzlich gegen Transfers. Er gibt auch zu, daß Deutschland als größte, exportorientierte Volkswirtschaft vom gemeinsamen Markt in der EU erheblich profitiert hat. Wofür der Autor plädiert, ist eine gerechtere Lastenverteilung. Dabei müßten die Lasten innerhalb der Gruppe der Nettoszahler "solidarisch" verteilt werden. Dazu hat Willeke ein Konzept der "angemessenen Nettobeiträge" entwickelt. Es basiert auf dem Prinzip der Gleichbehandlung der Nettoszahler nach ihrer Wirtschaftskraft. ...

Nach diesem Konzept der "angemessenen Nettobeiträge" hätte Deutschland von 1991 bis 2008 nicht 146 Milliarden Euro, sondern 84,9 Milliarden Euro zahlen müssen. Somit wurden Deutschland "61,1 Milliarden Euro zu viel zugemutet", rechnet Willeke. Er nennt Deutschland nicht nur Zahlmeister, sondern Melkkuh, und erlaubt sich die Bemerkung, Deutschland werde "ausgeplündert".<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 21. September 2012: >>Alle sind glücklich

Euro-Rettung: Nach der ESM-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts herrscht über die Parteigrenzen hinweg Erleichterung.

Es ist das Kunststück gelungen, alle Beteiligten in jedweder Weise glücklich zu machen", wunderte sich Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) in seiner bekannt ironischen Art über die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum ESM und die Reaktionen im Berliner Reichstag darauf. In der Tat ließen einige Stellungnahmen zum Gerichtsbeschluß, der die deutsche Haftung auf zunächst 190 Milliarden Euro begrenzt, erstaunen: "ESM sind die Zähne gezogen. Haftungssumme, Immunität und Dauerhaftigkeit waren unsere Hauptkritikpunkte", verbreitete der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler per Twitter. Schäffler ist einer der namhaften Kritiker der Euro-Rettungspolitik.

Aber auch Kritiker aus dem Lager der Union rühmten den Urteilsspruch: "Noch nie hat das Bundesverfassungsgericht die Ratifikation eines völkerrechtlichen Vertrages davon abhängig gemacht, daß der Bundespräsident bei der Ratifikation völkerrechtliche Vorbehalte erklärt", freute sich CSU-Eurorebell Peter Gauweiler - ignorierend, daß die regelmäßig Verträge brechenden europäischen Regierungen die Fußnoten aus deutschen Juristenstuben von vornherein ignorieren dürften.

Daß Reaktionen auf Karlsruher Urteile an den Zug der Lemminge erinnern, ist gerade bei Entscheidungen mit finanzpolitischem Hintergrund nicht neu. So rühmten stets alle Beteiligten

die Entscheidungen zum Länderfinanzausgleich, um einige Zeit später festzustellen, daß Urteile keine Politik ersetzen, weil diese längst andere Wege geht. So auch hier. Schäffler rühmt zu der vom Gericht skizzierten Haftungsbegrenzung: "Zwar sind 190 Milliarden weg, doch der Schaden wird begrenzt."

Die Argumentation blendet aber die Haftung Deutschlands an anderer Stelle aus. So haftet Berlin für den ersten Schirm EFSF mit 253 Milliarden, für den inzwischen vergessenen kleinen EU-Schirm EFSM mit zwölf Milliarden, für das erste Griechenland-Rettungspaket mit 17 Milliarden, für den IWF-Beitrag zu Rettungspaketen mit 15 Milliarden und für die Staatsanleihenkäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) mit 57 Milliarden. Sollte ein europäischer Einlagensicherungsfonds zur Rettung spanischer, italienischer und griechischer Sparguthaben mit einem geschätzten Volumen von 197 Milliarden kommen, würde Deutschland mit 55 Milliarden in die Haftung genommen.

Die größte Lawine könnte sich bei der Deutschen Bundesbank lösen: Sie hat 751,4 Milliarden Target-2-Ausleihungen an Euro-Südländer in der Bilanz. Wenn diese Bürgschaften fällig würden, würde Deutschland in einen Zustand geraten, der früher Zinsknechtschaft genannt wurde. Vor diesem Hintergrund wundert nicht, daß selbst die linksliberale Süddeutsche Zeitung inzwischen ins Lager der Kritiker wechselte und "Ein Gericht gibt auf" titelte. Ganz anders der FDP-Vorsitzende Philipp Rösler, dessen Partei mit ihrer Zustimmung zur Rettungspolitik ihre letzte Chance, ernst genommen zu werden, verpaßte: Es sei ein guter Tag für Deutschland, und "es war immer das Ziel der FDP, die Haftung zu begrenzen".

Die "überparteiliche Erleichterung" (Frankfurter Allgemeine Zeitung) über das Urteil nahm teilweise groteske Züge an. Als SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier die "Klarheit" lobte, daß das Gericht der großen Mehrheit des Parlaments gefolgt sei, bekam er Beifall von vier der fünf Fraktionen. Von der Bundestagstribüne aus beobachtete dpa-Korrespondentin Kristina Dunz eine Szene kurz nach der Urteilsverkündung, als Kanzlerin Merkel auf Steinmeier, SPD-Chef Sigmar Gabriel und den SPD-Parlamentsgeschäftsführer Thomas Oppermann zuzuging. Sie schilderte: "Alle vier lachen, der Händedruck dauert lang. Man meint, sie beglückwünschen sich. Karlsruhe hat ein Urteil in ihrem Sinne gefällt. Für sie ist es ein gutes Urteil. Großer Druck fällt ab."

Der Bericht hätte auch im Neuen Deutschland stehen können - vor einigen Jahrzehnten, als sich in der Volkskammer ebenfalls stets alle einig waren. Selbst Linksfraktionschef Gregor Gysi sah das Urteil positiv: "Wir haben die Haftung für die deutsche Bevölkerung begrenzt und wir haben für mehr Demokratie gesorgt." Daher könnten die anderen Fraktionen für die Klage der Linken eigentlich dankbar sein, scherzte er noch.

Während Merkel von einem guten Tag für Deutschland und Europa sprach, erkannte Klaus-Peter Willsch (CDU) ein schlechtes Urteil für Deutschland. Aber auch Schäffler war klar, daß das Rettungsspiel jetzt auf einem anderen Platz ausgetragen wird: "Deshalb nehmen die Rettungseuropäer billigend in Kauf, daß die EZB die Druckerpresse anwirft."

Berliner Politiker versuchten sich bereits mit Einladungen an Europas neuen Platzhirsch, den EZB-Chef Mario Draghi, zu übertreffen. Nachdem Lammert Europhoriker in seiner Fraktion nur mit Mühe davon abhalten konnte, Draghi (wie zuletzt dem Papst) Rederecht im Plenum einzuräumen, soll der EZB-Chef, dessen Politik zur "Zerrüttung der Währung bei gleichzeitiger Enteignung der Sparer führen" wird (Schäffler), jetzt im Europa-Ausschuß und im Haushaltsausschuß auftreten.<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete im Oktober 2012 über die Rettung des EURO (x878/...): >>**Rettung des Euro - finanzielles Versailles für Deutschland?**

Vorbemerkung: Politiker, die die Eurozone in ihrer jetzigen Form um jeden Preis erhalten wollen, beschwören gern das antike Griechenland und Rom als Wiege Europas. Diesem gro-

ßen Erbe sei Europa verpflichtet, dafür seien Opfer gerechtfertigt. Dann wäre es allerdings naheliegend, auch einige Grundsätze der alten Römer zu beherzigen und zu befolgen. Denn diese klugen Politiker haben ein Imperium errichtet, das Jahrhunderte überdauert hat. Dazu gehört, daß die längerfristigen Folgen politischen Handelns überdacht und bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden müssen.

### **... respice finem (... bedenke die Folgen)**

Daran fehlt es. Die kurzatmigen Maßnahmen zur Rettung des Euro lassen ein Überdenken möglicher, langfristiger Folgen vermissen. Dabei sind die Warnschilder nicht zu übersehen.

Es ist eine Binsenweisheit, aber deswegen nicht falsch: Wenn die europäische Einigung ein dauerhaft erfolgreiches Projekt bleiben soll, müssen die Völker "zustimmen" und "mitgehen". Ein als "alternativlos" dargestelltes Zusammenschrauben mit aller Gewalt ist das glatte Gegenteil. Mit dem Hebel der Eurokrise wird genau das versucht. Schon jetzt begehren die sog. Süd- oder Schuldnerländer gegen eine Politik auf, die sie als Entmündigung empfinden und die extreme Belastungen mit sich bringt.

Die Proteste in Griechenland, Spanien, Portugal und der wachsende Unmut in Italien deuten alle in die gleiche Richtung. Im Norden, in Deutschland und in den anderen sog. Geberländern wächst der Widerstand gegen die finanziellen Belastungen, die im Namen der Solidarität und der Rettung des Euro abgefordert werden. So etwas bleibt unvergessen, das hinterläßt bei Geber- und Nehmerländern schwere Ressentiments, die die künftige europapolitische Diskussion vergiften werden.

Haben denn die deutschen und europäischen Politiker vergessen, woran Jugoslawien zerbrochen ist? Der Norden, Slowenien und Kroatien, wollten für den Süden nicht mehr zahlen. Die Folge war ein Bürgerkrieg. In Belgien steht die Existenz des Gesamtstaates auf dem Spiel, weil das "reiche" Flandern nicht mehr für den "armen" Süden, Wallonien, finanziell bluten will. Die Bestrebungen in Schottland, sich aus dem Vereinigten Königreich zu lösen, haben ihren Grund nicht zuletzt in dem Anspruch, die Erlöse der Erölförderung vor seinen Küsten allein zu nutzen. Und ganz aktuell: In Spanien streben das reichere Katalonien und das Baskenland einen eigenen Staat an, weil sie den armen Süden nicht mehr durchfüttern wollen. In Deutschland kämpft u.a. Bayern für eine Neuordnung des umstrittenen Länderfinanzausgleichs. -...

Dauerhafte Finanztransfers gewaltiger Summen über ein Jahrzehnt und mehr sind Sprengstoff für die Zukunft. Die Solidarität hat ihre Grenzen. Wird sie überfordert, sind Konflikte programmiert. Das geschieht nicht heute und nicht morgen, aber es geschieht. Das Wort vom "EU-Völkergefängnis" könnte und wird die Runde machen. Wer dieses Warnschild mißachtet, legt die Axt an die Wurzeln des europäischen Einigungswerks. Da helfen auch große Worte und das Pathos von der Wertegemeinschaft Europas nichts mehr. Weder der Appell an das spanische, britische, belgische oder jugoslawische Nationalgefühl konnten oder können Auflösungserscheinungen verhindern, wenn bedeutende ökonomische und finanzielle Interessen dem entgegenstehen. ...

### **Versailles**

Die Eurokrise weckt in Deutschland ungute Erinnerungen. Die Situation erinnert an das Ende des Ersten Weltkriegs, als in Versailles 1919 Deutschland Bedingungen auferlegt wurden, die darin gipfelten: "Die Deutschen sollen zahlen!". Heute ist Druck auf internationaler Ebene hoch und wächst weiter, die deutsche Politik zur Übernahme größerer Risiken zu bewegen, um den Euro zu retten. Deutschland soll der Vergemeinschaftung der Schulden der Eurostaaten, einer Transfer- und einer Bankenunion sowie der Ausgabe von Eurobonds zustimmen und für alles die Haftung übernehmen. Deutschland ist in der Abwehr dieser Forderungen nahezu isoliert.

Sicherlich steckt in der deutschen Abwehrhaltung ein Reflex auf die Erfahrungen von Versail-

les. Massive Ressentiments, eine Hyperinflation mit der damit einhergehenden Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und Radikalisierungen, die letztlich zur Machtergreifung Hitlers beigetragen haben, waren die Folge von Versailles. In Deutschland wird nun befürchtet, daß die Eurokrise benutzt wird, um auf das deutsche Volksvermögen zuzugreifen - über erzwungene deutsche Kredite, die voraussichtlich nie zurückgezahlt werden, und erzwungene deutsche Haftungen, für die noch unsere Kinder und Enkel gerade stehen müßten. Was an Vermögen danach noch da ist, würde spätestens in der Inflation untergehen.

Zur deutschen Erinnerung gehört auch, daß die große Weltwirtschaftskrise von 1929 ff. ebenso wie die Finanzkrise von 2007 ff. von der angelsächsischen Finanzwelt ausgelöst wurden. ... Die Risiken und Vorteile einer Euro-Rettung sind deshalb aus deutscher Sicht abzuwägen. Neben den finanziellen müssen vor allem die politischen Aspekte mit einbezogen werden. Gerade die politischen Aspekte haben – wiederum in Erinnerung an die Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts - ein besonderes Gewicht. Verantwortungsvolle Politik besteht nicht nur aus Ökonomie.

### **Griechenland**

Mit Griechenland hat alles begonnen; seither hält es die Deutschen, die Europäer und die Welt in Atem. Was kostet uns ökonomisch ein Austritt/Ausschluß Griechenlands aus der Eurozone, was der Verbleib des Landes in der Währungsunion? Welche politischen Fragen ergeben sich daraus?

Die deutschen Kosten für einen Austritt/Ausschluß Griechenlands und einen Zusammenbruch der Eurozone sind umstritten. Sie reichen in Gestalt von Verpflichtungen über Kredite, Bürgschaften, Garantien etc. (Stand: Juni 2012) von rund 310 Milliarden Euro (Bundesfinanzministerium) über 426 Milliarden (Bundesrechnungshof) bis zu 643 Milliarden (Ifo-Chef Hans Werner Sinn). Ihnen stehen die Kosten gegenüber, die wir bei einem Verbleib Griechenlands in der Eurozone zu tragen hätten. Die Zahlen lassen sich nur schätzen, ein Anhaltspunkt ergibt sich aus den bisherigen Hilfszahlungen für Griechenland.

Seit dem 1. Hilfspaket vom Mai 2010 hat Griechenland einschließlich des 2. Hilfspakets vom Februar 2012 240 Milliarden Euro erhalten, das sind 120 Milliarden pro Jahr. Der deutsche Anteil (27 %) liegt bei rund 35 Milliarden Euro. Die jährlichen deutschen Kosten für einen Verbleib Griechenlands in der Währungsunion dürften in etwa dieser Summe entsprechen. Da eine Wirtschaft wie die griechische nicht binnen weniger Jahre reformiert werden kann, ist ein Ende dieser Transferzahlungen nicht abzusehen; eine Daueralimentierung bleibt wahrscheinlich. ...

Den Fall Griechenland kann man unschwer als Chiffre für die Schwierigkeiten der gesamten Eurozone lesen: Teuer ist es, Griechenland zu retten, viel teuer aber wäre kurzfristig ein Ende der griechischen Euro-Mitgliedschaft. Extrem teuer wäre die Rettung der Euro-Währungsunion insbesondere für die Deutschen, am Schlimmsten, ja geradezu katastrophal wäre der Euro-Zusammenbruch - für Deutschland, Europa, ja sogar die Welt. So wird jedenfalls gesagt und behauptet.

Wollen wir uns dieser Drohkulisse beugen? Ohne zu prüfen, was das für die deutschen Interessen bedeutet? Verschieben wir damit nicht nur die Probleme in die - immer ungewisse - Zukunft? Weil es bequemer ist?

### **Die EU-Südschiene**

Griechenland wird als Sonderfall dargestellt. Das stimmt aber nicht. Das griechische Beispiel dürfte schnell Schule machen, wenn das Land in der Eurozone bleibt. Portugal, Spanien und Italien (vermutlich auch Irland) werden ähnliche Sonderbehandlungen verlangen. ...

### **Italien**

Italien spielt eine Schlüsselrolle. Einerseits könnte es sich aufgrund seines ökonomischen Potentials selbst "retten" (der durchschnittliche Italiener ist wohlhabender als der Deutsche), an-

dererseits ist es seit Beginn der Europäischen Einigung gewohnt, Hilfgelder aus dem Norden abzuziehen und tut dies mit großem Erfolg. Das Finanzinstrument der Eurobonds wurde von Italienern erdacht und wird von Italien massiv propagiert. Es paßt ideal auf die italienischen Bedürfnisse. Es ist schön, wenn man Dritte für eigene Verpflichtungen zahlen und haften lassen kann. Es wäre auch schön, wenn man so weiter machen könnte wie bisher. Allerdings hat die Finanzkrise der Schuldenpolitik Grenzen gesetzt. Also Eurobonds ...

### **Die angelsächsische Finanzindustrie**

Unterstützung erfahren die europäischen Südländer von der angelsächsisch dominierten Finanzindustrie. Diese liebt bekanntlich den Euro nicht, denn er beschneidet die äußerst lukrative, zwischen der Wall Street und der City von London geteilte Rolle des Dollar als Weltleitwährung. ...

Wenn der Euro dabei auf der Strecke bleibt, weil Deutschland ihn auch nicht mehr stützen kann, um so besser: ein Konkurrent weniger. Nicht von Ungefähr kommt der Verdacht, daß die US-Ratingagenturen auf dieses Ziel hinarbeiten. Wie sich Deutschland bei einem Euro-Zusammenbruch aus der Verstrickung der übernommenen Haftungen befreien könnte, ist nicht Sache der angelsächsischen Finanzindustrie. Die daraus folgende Schwäche Deutschlands wäre zumindest für einen Teil der englischen politischen Klasse ein willkommener Nebeneffekt. ...

### **Europäische Zentralbank (EZB)**

Das 1. Hilfspaket für Griechenland und die EZB-Beschlüsse vom 9. Mai 2010 waren bereits ein massiver Bruch des Maastricht-Vertrages von 1992, da die "No Bailout"-Klausel (§ 125) außer Kraft gesetzt wurde. Die Verträge waren das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben waren. ...

Man wird den Eindruck nicht los, daß Deutschland an jenem Wochenende im Mai 2010 massiv über den Tisch gezogen wurde.

Die Machtverhältnisse in der EZB haben sich seit Mai 2010 radikal verändert. Statt dem deutschen Kandidaten Axel Weber wurde der Italiener Mario Draghi Chef der EZB. Der Einfluß der Bundesbank ist erheblich geschrumpft, die Nehmerländer geben im EZB-Rat den Ton an, Jens Weidmann, der deutsche Vertreter ist isoliert. Frankreich und die Nehmerländer wollen aus der EZB endgültig eine Institution machen, die der Politik – anders als die unabhängige Bundesbank - untergeordnet ist. Das muß wissen, wer für Deutschland über Personalien und Befugnisse der EZB verhandelt. Der Umgang von Kanzlerin Merkel mit Axel Weber läßt allerdings wenig Gutes ahnen.

Es gibt massive Bestrebungen, den Einfluß der Bundesbank auf die EZB gänzlich auszuschalten. Die Bundesbank ist in Frankreich lange als ein Instrument der Bevormundung der eigenen Wirtschafts- und Finanzpolitik wahrgenommen worden. Mitterrand hat nicht ohne Grund die Einführung des Euro zur Voraussetzung der Wiedervereinigung gemacht. Der deutsche Einfluß sollte – positiv formuliert - über den Euro "eingebunden" und – negativ formuliert – "ausgeschaltet" werden. Die institutionelle und personelle Umgestaltung der EZB soll dieses Ziel vollenden. ...

Wer glaubt, Deutschland dürfte die Wahrung seiner Interessen dieser jetzigen EZB vertrauensvoll in die Hände legen, irrt gewaltig. Heraus käme letztlich die unbegrenzte Haftung Deutschlands für die Schulden Dritter und deren unverantwortliche Schuldenpolitik, auf die wir keinerlei Einfluß haben.

(Wie das gespielt wird, sieht man z.B. am Gebrauch der deutschen Sprache in den EU-Institutionen. Obwohl die deutsche Sprachgruppe in der EU bei weitem die größte ist und verschiedene Bundesregierungen immer wieder versucht haben, die Lage zu verbessern, fristet das Deutsche in den EU-Institutionen ein Kümmerdasein und wird konsequent ausgebremst. Ähnliches gilt für den Anteil deutscher Diplomaten am neuen Europäischen Auswärtigen



Dienst, wo Deutschland als größter EU-Mitgliedstaat nur zwei Drittel der französischen Diplomaten stellt und noch hinter Italien und Spanien auf dem vierten Platz rangiert. ...

Die Ankündigung von EZB-Chef Mario Draghi von Anfang August 2012, unbegrenzt Staatsanleihen aufzukaufen und der EZB damit unbegrenzte Feuerkraft zu verleihen, wirft ein Schlaglicht auf die Zukunft. Die Bundesbank hat auf die Gefahren einer Inflation und die Nähe zur "verbotenen" Staatsfinanzierung hingewiesen - vergeblich. Die "kreative" Geldpolitik hat in der EZB Einzug gehalten.

Draghi war bekanntlich mehrere Jahre ein Mann von "Goldman Sachs", der Investmentbank, die Griechenland geholfen hat, mit gefälschten Zahlen in die Eurozone aufgenommen zu werden, und das herannahende Desaster jahrelang zu verschleiern. "Goldman Sachs" war die Bank, die zumindest bis zur Finanzkrise besonders erfolgreich mit "windigen" Finanzprodukten gehandelt hat; sie verkaufte sie gutgläubigen Kunden und wettete gleichzeitig dagegen. (Kein Wunder, daß die Personalie "Draghi" viele Leute nervös macht.)

### **Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)**

#### **... Deutschland**

... Die Einbindung in der EU hat uns die Wiedervereinigung von 1989/1990 ermöglicht, die keineswegs selbstverständlich war – man denke nur an die Widerstände von M. Thatcher und die widerwillige, konditionierte Zustimmung von Mitterrand (vgl. Guntram von Schenk, Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert?).

Dafür war und ist Deutschland bereit, einen Preis in Gestalt der Aufgabe von Souveränitätsrechten zu zahlen. Auch in finanzieller Hinsicht haben wir die Solidarität nie verweigert, sondern (überwiegend) geduldig und langmütig die Last des größten Beitragszahlers getragen. ...

#### **Was ist zu tun?**

Bevor weitere Schritte zur europäischen Einigung getan und deutsche Hoheitsrechte an Brüssel abgegeben werden, muß genau geprüft werden, welche möglichen Folgen sich daran knüpfen. Die deutschen BürgerInnen müssen angemessen an dieser Prüfung beteiligt werden. Das ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit; es ist eine Schande, daß das überhaupt gefordert werden muß. Es kann sein, daß die Deutschen bei Abwägung aller Vor- und Nachteile beispielsweise einer europäischen Banken- und Transferunion und einer Vergemeinschaftung der Schulden zustimmen. Es kann aber nicht sein, daß diese umwälzenden Entscheidungen durch die Hintertür herbeigeführt werden.

Wer angesichts des auf nationaler und internationaler Ebene aufgebauten Drucks vorschnell zustimmt, könnte eine Art finanzielles Versailles unterschreiben. Wir haben aber anders als 1919 keinen Krieg verloren und sollten uns weder "einschüchtern" noch "weich klopfen" lassen. Die Möglichkeit einer Ausplünderung des deutschen Volksvermögens und der unzumutbaren Belastung unserer Kinder und Enkel steht im Raum. 1919 haben wir nachgeben müssen. Ein Blick in die Geschichtsbücher zeigt, daß diese "erzwungene" deutsche Nachgiebigkeit weder Deutschland noch Europa gut bekommen ist.

#### **Volksabstimmung**

Das letzte Wort hat der Souverän, das Staatsvolk. Eine Volksabstimmung ist der richtige Weg. Sie muß stattfinden, bevor die Weichen in eine Transfer-, Haftungs-, Banken- und Schuldenunion gestellt oder Hintertüren dazu geöffnet werden. Dann müssen die Eliten die deutschen BürgerInnen von der Notwendigkeit und den Vorteilen eines solchen politischen Quantensprungs der Europäischen Einigung überzeugen - oder eben nicht. In dieser Schicksalsfrage darf es keinen schleichenden Übergang geben!<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 9. Januar 2013 (x892/...): >>EU-Diktatur: Gesetz gegen Kinderbücher

Die totalitären EU-Parlamentarier haben festgestellt, daß viele Kinderbücher den Kindern sehr schaden und insbesondere die Karrierechancen der Mädchen behindern. Deshalb haben sie

auch gleich ein Gesetz vorbereitet, das, wie in kommunistischen Ländern, verbieten soll, daß "Genderstereotypen" in Kinderbüchern vorkommen. Vorhandene Kinderbücher müssen dann vermutlich entweder umgeschrieben oder verbrannt werden.

Laut einem Bericht der englischen "Daily Mail" finden sich in zahlreichen Kinderbüchern ganz böse "Genderstereotypen" Beispiel dafür sind "Fünf Freunde" von Enid Blyton, oder Peter Pan oder "Paddington Bär".

Daß schon einige Generationen von Jungen und Mädchen die Blyton-Bücher gelesen und wohl kaum Schaden daran genommen, spielt keine Rolle. Die Genderideologen wissen es viel besser.

Das sogenannte "Komitee für Frauenrechte und Gendergleichheit" der teuren Schwatzbude für europäische Ideologen, genannt Europäisches Parlament, hat ein Dokument vorbereitet, das eine europaweite Gesetzgebung vorschlägt, die festlegt, wie Kinder in Medien und Büchern dargestellt werden müssen.

In dem Papier heißt es: "Kinder sind in sehr jungen Jahren mit den Geschlechterstereotypen konfrontiert durch Fernsehserien, Fernsehwerbung, die ihre Wahrnehmung beeinflussen, wie sich die Geschlechter verhalten sollen." Mit "speziellen Erziehungsprogrammen" (ähnlich wie in der Sowjetunion und Nordkorea) will die Europäische Union nun ihrerseits Kinder beeinflussen.

Die Genderideologie dient freilich auch der globalisierten kapitalistischen Wirtschaft und ihren Konzernen. June O'Sullivan, Leiterin der "London Early Years Foundation", teilte gegenüber der "Daily Mail" ihre Sorgen mit, daß die Wirtschaft im Euroraum stottere und sich auf die Einbeziehung der Kinder in die Wirtschaft und Gesellschaft konzentrieren müsse.

Wenn kleine Mädchen von Anfang an zum technischeren Denken erzogen werden, indem sie die "traditionellen" Spielzeuge der Jungen bekommen, sollen sie auch für technisch-pragmatische Berufe aufgeschlossener werden. Das erhofft sich zumindest die europäische Führung.

Sehr bedenklich findet Frau O'Sullivan außerdem: "Frauen sorgen sich um die Kinder, während Männer hinausgehen, um zu arbeiten. Man braucht nur am Eingang der Schulen zu stehen, um das zu sehen.

Es sind Stereotypen, weil sie eine mehrheitliche Situation widerspiegeln. Kinder sind nicht leicht hereinzulegen - sie sehen, was sie sehen." Und das ist natürlich sehr schlimm, wenn es auch seit Jahrhunderten auf der ganzen Welt nicht anders war. Die Genderideologen, die noch schlimmer sind als die ärgsten Kommunisten, wissen es besser. Oftmals sind diese Ideologen natürlich kinderlos, sonst hätten sie vielleicht etwas Erfahrung damit gesammelt wie es bei einem Mädchen ankommt, wenn es mit einem Bagger spielen soll und wie Jungen darauf reagieren, wenn ihnen statt eines Baggers eine Barbiepuppe geschenkt wird.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 4. Februar 2013

(x892/...): >>EU-Beamte verdienen mehr als Merkel

Nach einem Bericht der FAZ von heute verdienen Tausende von EU-Beamten mehr als Bundeskanzlerin Merkel oder andere europäische Regierungschefs. Der Bundestagsabgeordnete und Kritiker der Eurorettungspolitik Frank Schäffer (FDP) hatte in einer Anfrage im Deutschen Bundestag nach den Gehältern der EU-Beamten gefragt und nun von der Bundesregierung diese Antwort erhalten. Schon Beamte der mittleren Führungsebene bekommen unter bestimmten Umständen netto mehr als unsere Kanzlerin.

Frau Merkel bekommt als Bundeskanzlerin ein Grundgehalt von 16.800 Euro im Monat und zahlt davon 5.600 Euro Steuern. Das sind netto 11.200 Euro plus einer Aufwandsentschädigung von 1.000 Euro.

Ein EU-Beamter der mittleren Führungsebene in der EU-Kommission, im Rat oder im EU-Parlament bekommt nach nur vier Dienstjahren 12.500 Euro netto (verheiratet, zwei Kinder, nicht in seinem Heimatland tätig). Generaldirektoren der EU, die die höchste Besoldungsstufe

bekommen erhalten ein Nettogehalt unter den gleichen Bedingungen von 16.500 Euro. Allein in der mittleren Führungsebene sind derzeit 4.400 Beamte tätig.

Während es früher hieß: "Wer nix wird, wird Wirt", gilt heute der Satz "Wer nix wird, geht in die EU-Bürokratie". Allerdings liegt das Einkommen der EU-Beamten weit über ihre Leistungen. Der britische Premierminister David Cameron, dessen Gehalt dessen Bruttoeinkommen bei 11.875 Pfund liegt und damit ebenfalls unter dem vieler EU-Beamter hat deshalb Einschnitte bei den EU-Verwaltungsausgaben zur Bedingung seiner Zustimmung zum EU-Haushalt gemacht.

Derzeit laufen die Verhandlungen über den EU-Finanzrahmen für die Jahre 2014-2020. Die EU-Kommission will für diesen Zeitrahmen etwa eine Billionen Euro aus den Mitgliedsstaaten eintreiben, also etwa 166 Milliarden Euro pro Jahr. Der Hauptanteil davon darf der deutsche Steuerzahler übernehmen.<<

Die Zeitschrift "CIVITAS" des katholischen Civitas Instituts berichtete am 20. Februar 2013 (x892/...): >>**Fiskalunion und Subsidiarität**

Die Eurokraten setzen schon seit langem alles daran, eine sogenannte Fiskalunion durchzusetzen. Was darunter genau zu verstehen ist und wie diese funktionieren soll, wird bewußt im Unklaren gelassen. Doch das Prinzip der Fiskalunion entspricht in etwa dem deutschen Länderfinanzausgleich, der alles andere als erfolgreich ist und gegen den derzeit erneut eine Klage der Bundesländer Bayern und Hessen läuft. Eine EU-Fiskalunion soll Gelder aus den Mitgliedsstaaten der EU einnehmen und diese dann über einen EU-Finanzminister umverteilen. Ein konkreter Vorschlag für eine solche Fiskalunion wurde jetzt vorgelegt und durchgerechnet.

Im Auftrag des Beratungsunternehmens PWC hat der Wirtschaftswissenschaftler Thomas Straubhaar einen konkreten Vorschlag für eine europäische Fiskalunion vorgelegt. Durch diesen Vorschlag werden die konkreten Folgen einer solchen Umverteilungsmaschine deutlich.

Jedes Euroland zahlt 10 Prozent seiner Steuereinnahmen in einen EU-Topf ein. Aus diesem Topf werden dann sogenannte schwache Länder wie Griechenland, Portugal usw. zur Stärkung ihrer Wirtschaft unterstützt.

Zudem muß jeder Arbeitnehmer in der Eurozone 2 Prozent seines Einkommens in eine EU-Arbeitslosenkasse einzahlen. Für Deutschland bedeutet dies, wie Straubhaar ausgerechnet hat, 40 Milliarden Euro netto zusätzlich, zu den bereits jetzt an die EU zu zahlenden deutschen Steuergeldern. Das ist etwa das Vierfache des jetzigen Nettobetrag.

Hinter der Ideologie einer Fiskalunion, die in Deutschland besonders von der vereinigten Linken (GRÜNE-SPD-LINKE) propagiert wird und unter einem SPD-Bundeskanzler sehr wahrscheinlich realisiert wird, steht die Vorstellung, daß Unterschiede in der Wirtschaftskraft der Staaten durch Geld zu beheben sind und die egalitaristische Ideologie, daß es solche Unterschiede nicht geben darf, denn alle müssen gleich sein.

Daß diese Ideologien sich schon hundertmal widerlegt haben, spielt dabei keine Rolle. Ein ganz offensichtliches Beispiel, daß dies nicht funktioniert, ist der Länderfinanzausgleich. Es sind drei Länder die einzahlen und alle anderen kassieren. Und diejenigen, die kassieren - allen voran das rote Berlin - sind nicht daran interessiert, daß sich dies ändert, denn wenn man Geld bekommt ohne Gegenleistung müßte man schon blöd sein, wenn man dies ablehnt und statt dessen die eigene Leistung erhöht.

Im Hintergrund dieser Diskussion stehen aber eine Mißachtung und eine Umdeutung von naturrechtlichen Prinzipien, nämlich den sozialen Grundprinzipien der Subsidiarität und der Solidarität, die komplementär sind.

Aufgaben, die eine Gemeinschaft aus einer Kraft bewältigen kann, müssen dieser Gemeinschaft selbst überlassen werden. Alles was dagegen verstößt ist in höchstem Maße ungerecht,

wie Papst Pius XI. deutlich erklärte. Die Förderung der Wirtschaft, sofern der Staat hier überhaupt eine Kompetenz hat, was man bezweifeln kann, ist dann am ehesten und am Besten in den Nationalstaaten zu leisten, selbst innerhalb eines gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialraumes Europa.

Erst recht gilt dies für die Arbeitslosigkeit. Auch hier gilt allerdings, daß zunächst die Betroffenen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer bzw. Arbeitslose, dieses Problem zu lösen haben und sicher nicht der Staat. Eine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern paritätisch geführte Arbeitslosenversicherung ohne staatliche Einmischung wäre deshalb das geeignete Instrument. Zudem könnte sich der Staat dann nicht zur Deckung von Finanzlücken aus einer solchen Kasse bedienen.

Sollten die Nationalstaaten nicht in der Lage sein, ihre wirtschaftlichen Probleme zu lösen, dann ist Solidarität angebracht. Doch Solidarität bedeutet nicht Gleichmacherei, sondern Hilfe zur Selbsthilfe im Falle von Not. Not allerdings gibt es in den Eurostaaten erst, seitdem die EU in alle Lebens- und Wirtschaftsbereiche eingreift und durch die Einführung des Euro ungleiche Staaten gleich behandelt werden, wodurch schwache Staaten nicht mehr wettbewerbsfähig sind. Und die hunderte milliardenschweren Rettungsschirme kommen nicht den notleidenden Familien in den Staaten zugute, sondern einzig und allein den Banken.

Daß dieses ganze System vor dem Zusammenbruch steht, hat seinen Grund vor allem anderen in der Mißachtung fundamentaler naturrechtlicher Prinzipien und durch eine immer weitere Mißachtung wird der Zusammenbruch bestenfalls hinausgeschoben, dafür dann aber um so gewaltiger.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 9. März 2013 (x887/...):

#### >>**Deutsche sollen noch mehr bluten**

Töchter des Euro-Rettungsfonds ESM und neue Hilfskassen sollen weitere Milliarden Euro umverteilen

Der Zugriff der Europäischen Union auf das Geld der Deutschen nimmt immer größere Ausmaße an. Dabei brachte Deutschland bereits in der Vergangenheit fast die Hälfte des EU-Nettohaushaltes auf. Wie der Heidelberger Volkswirtschafts-Professor Franz-Ulrich Willeke errechnet hat, trugen die Bundesbürger in den Jahren 1991 bis 2011 allein 45 Prozent des Nettobudgets, was insgesamt rund 250 Milliarden Euro ausmachte. Doch es soll noch mehr werden.

Offizielle Zahlen über Deutschlands EU-Nettozahlungen an die EU liegen nicht vor, da sich die Bundesregierung scheut, derartige Gesamtbilanzen der Belastung Deutschlands zu veröffentlichen. ...

Kaum zu überblicken sind die zukünftigen Sonderlasten, welche den Deutschen aus den Euro-Rettungsschirmen erwachsen. Dennoch kennen die Verantwortlichen auch hier offenbar keinerlei Maß mehr. Zwar war vertraglich vereinbart und den Deutschen von ihrer Regierung heilig versprochen worden, daß der Euro-Rettungsfonds ESM nicht zur Rettung von Banken, sprich zur Rettung der Vermögen ihrer milliardenschweren Eigentümer, mißbraucht werden dürfe. Allein Staaten sollten daraus unterstützt werden dürfen.

Nun hat man offenbar eine Möglichkeit ersonnen, Vertrag und Versprechen zu brechen, ohne sich rechtlich anfechtbar zu machen. Der ESM soll "Tochtergesellschaften" gründen dürfen, die Kredite aufnehmen sollen, mit welchen sie maroden Banken unter die Arme greifen. Da der ESM ein Institut der Staaten ist, haften die deutschen Steuerzahler damit direkt für an Pleitebanken vergebene Kredite.

Die ESM-Töchter könnten auch dafür eingespannt werden, "um überdies begleitende Investitionen des Privatsektors in rekapitalisierte Banken zu ermutigen", heißt es im Entwurf. Mit anderen Worten: Investoren sollen "ermutigt" werden, in hochrentierliche Bankpapiere (Aktien, Anleihen) maroder Institute zu investieren, denn: Die hohen Renditen gehören ihnen, das

Risiko hingehen trägt der Steuerzahler,

Pünktlich zu den Verhandlungen über solche "Tochtergesellschaften" am vergangenen Montag rief EU-Währungskommissar Olli Rehn die Deutschen zu "Solidarität mit Zypern" auf. Gemeint ist damit, daß die deutschen Steuerzahler jene Banken retten sollen, die im Verdacht stehen, Schwarzgeld-Milliardären aus aller Welt, vor allem aus Rußland, als "Geldwaschanlage" zu dienen.

Unterdessen wird weiter über den EU-Haushalt der Jahre 2014 bis 2020 verhandelt. Der bisherige Entwurf sieht bei Einnahmen von 908 Milliarden Euro Ausgaben über 960 Milliarden vor. Obwohl Hauptzahler Deutschland ohnehin stärker in Anspruch genommen werden wird, müßte die EU also Schulden aufnehmen, um die Lücke von 52 Milliarden Euro zu schließen. Dies ist ihr bislang verboten.

Über solche EU-Schulden tritt erneut das Ziel der "Euro-Bonds" in Sichtweite. Euro-Bonds sind Schulden, die alle Euro- oder EU-Länder gemeinsam aufnehmen, für die faktisch am Ende aber nur die Staaten haften, welche noch zahlungsfähig sind. Diese Rolle fällt immer ausschließlicher Deutschland zu.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 27. Juni 2013: >>"Die EU nimmt Züge einer aufgeklärten Diktatur an"

Die EU ist dabei, Demokratie und Rechtsstaat abzuschaffen, und die deutschen Bürger schauen nur zu, wundert sich Roger Köppel, Chefredakteur des Schweizer Nachrichtenmagazins "Weltwoche" im Interview mit der morgen erscheinenden Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT.

Nicht nur der Euro, die ganze EU sei eine intellektuelle Fehlkonstruktion, was aber Legionen von Journalisten, die eine Schwäche für intellektuelle Konstruktionen hätten, nicht sehen wollten, so Köppel. Die EU habe sich durch ihre Entwicklung zum Staat in einen unaufhebba- ren Selbstwiderspruch begeben. Es sei keine handlungsfähige staatliche Ordnung denkbar, in der sich die Völker Europas gleichermaßen wiedererkennen könnten. "So etwas konstruieren zu wollen, ist größenwahnsinnig, eben eine intellektuelle Fehlkonstruktion", meint Köppel.

Mehr als die Regierungen hätten allerdings die Medien bei den Themen "Euro und EU" versagt. "Heute setzt sich die EU immer wieder über rechtsstaatliche, demokratische Traditionen hinweg, und wieder schlafen die deutschen Journalisten", erklärt Köppel. Dies geschehe zwar nicht aus Bösartigkeit, sondern um die EU in der Krise handlungsfähig zu machen. Dennoch nehme die EU Züge einer "aufgeklärten Diktatur" an, wenn Staatschefs bei Abendspaziergän- gen Milliarden genehmigten.<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete im Juni 2013 über den EURO (x878/...): >>"Der EURO: eine deutsch-französische Affäre?"

**... Der EURO - eine französisch-deutsche Entscheidung**

Die politische Fragestellung ist schon deshalb zwingend, weil der EURO in erster Linie ein politisches Projekt ist. Erst in zweiter Linie wurde von der gemeinsamen Währung auch öko- nomischer Nutzen erwartet. Die Entstehungsgeschichte läßt daran keinen Zweifel.

Die Pläne für eine gemeinsame Europawährung gehen zwar bis in 1970er Jahre zurück. Sie wurden aber von deutscher Seite mehr oder weniger dilatorisch behandelt, da man mit der D- Mark und ihrer starken Stellung ganz zufrieden war. Warum sollte man ohne Not davon ab- rücken? Deshalb wurde von deutscher Seite die Notwendigkeit einer gründlichen Vorbereitung gerade im Hinblick auf die ökonomischen Folgen der Einheitswährung betont. Frank- reich hingegen drängte, da es sich von der dominanten Politik der Bundesbank in seinen wirt- schafts- und finanzpolitischen Entscheidungen eingeengt, ja bevormundet sah und an den Ent- scheidungen zumindest mitwirken wollte.

Man mag darüber streiten, wie die Verhandlungen um die Einheitswährung im Zusammen-

hang mit der Wiederherstellung der deutschen Einheit 1989/1990 im Einzelnen zu werten sind. Im Kern mußte D-Mark für die deutsche Einheit geopfert werden, es gab ein "quid pro quo". Frankreichs Präsident Mitterrand stimmte der deutschen Einheit (zögernd) zu, nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl die Einführung der europäischen Einheitswährung zugesichert hatte. Die Entscheidung für den EURO war eine deutsch-französische Übereinkunft. Mitterrand nutzte den Status Frankreichs als ehemalige Siegermacht, um die gemeinsame Währung durchzusetzen. Die offiziell verkaufte Version hieß freilich, daß Frankreich aus Freundschaft der deutschen Einheit zugestimmt habe - was allerdings naiv wäre und auch nicht stimmt.

Nach der französisch-deutschen Übereinkunft vom Spätherbst 1989 ging alles ganz schnell. Schon im Februar 1992 wurde mit dem Maastricht-Vertrag der Prozeß der EURO-Einführung in Gang gesetzt. Allerdings wurde die Einführung der europäischen Einheitswährung von Deutschland nicht blindlings mitgetragen. Es gab zu viele Bedenken. Der deutsche Einfluß auf die künftige Einheitswährung konnte insoweit gewahrt werden, als u.a. die zu errichtende Europäische Zentralbank nach dem Vorbild der Bundesbank unabhängig sein sollte und deutsche Interessen durch die "No-bail-out"-Klausel sowie das Verbot der Staatsfinanzierung vertraglich gesichert erschienen. Andere Bedenken, insbesondere der Einwand, daß auch politisch nicht gelingen könne, was wirtschaftlich falsch sei, wurden vom Tisch gewischt.

Die Politik entschied, die Wirtschaft hatte zu folgen. Das ist das Grundgesetz, nach dem die europäische Einheitswährung ins Leben gerufen wurde. Das muß wissen und in Rechnung stellen, wer über die Zukunft und die Fortentwicklung der EURO-Währung diskutiert. Es gilt der unbedingte Vorrang der Politik, auch wenn das zu Fehlentwicklungen führen kann und Opfer fordert. Zur Erinnerung: auch bei der deutschen Einheit wurde mit dem 1:1 Währungstausch von DM und Ostmark unter ökonomischen Gesichtspunkten ein Fehler gemacht, der aber politisch notwendig war. Dafür mußte nach der Wiedervereinigung mit dem Niedergang der ostdeutschen Industrie bezahlt werden, die nicht mehr konkurrenzfähig war. ...

### **Deutsch-französischer Motor**

Die deutsch-französische Zusammenarbeit ist das Herzstück des europäischen Einigungswerks. Ohne eine deutsch-französische Übereinkunft in zentralen Fragen geht nichts in Europa. ...

Aus Frankreich kommen Sticheleien, die die deutsche Wesensart wie in alten Zeiten pauschal kritisieren. Im liberalen Mainstream-Blatt "Le Monde" erscheint ein ganzseitiger Artikel mit der Überschrift "L'Allemagne paiera!" (Deutschland wird/muß zahlen), der die deutschen Zahlungsverpflichtungen aus dem Versailler Vertrag von 1919 referiert und Folgerungen für heute zieht (8.6.2013). Wäre Europa schon stärker zusammen gewachsen, könnte man das als den üblichen innenpolitischen Streit (Bayern gegen Preußen) abtun. Aber soweit sind wir in Europa eben noch nicht. Es droht eher ein Rückfall in alte Wahrnehmungs- und Verhaltensmuster, die das Klima vergiften und Lösungen erschweren. ...

Die Brüsseler Bürokratie, die unnötig mit Einzelregelungen in viele Lebensbereiche eingreift, ist ein Ärgernis. Brüssel wird als Wasserkopf empfunden, wo die Mitarbeiter glauben, wegen ihrer Gehälter Streiks leisten zu können, obwohl sie wesentlich mehr verdienen, als die Beamten in den Mitgliedstaaten etc.

Gewarnt sei vor einem deutschen Alleingang in Sachen EURO, wie in einigen angelsächsischen Medien (u.a. The Economist vom 15.06.2013), aber auch von Polen (Außenminister Sikorski) suggestiv empfohlen wird. ... Manchmal hat man den Eindruck, daß diejenigen, die uns die Rolle einer europäischen Führungsmacht anpreisen, insgeheim nur auf den deutschen Geldbeutel schielen. ...

### **Frankreich**

Frankreich hat den EURO durchgesetzt. Präsident Mitterrand verfolgte damit mehrere Ziele: die Verhinderung einer vom wiedervereinigten Deutschland erreichbaren währungspolitischen

Dominanz in Europa mittels der Bundesbank; gewichtige Mitsprache Frankreichs in währungspolitischen Fragen Europas, d.h. Brechung des Entscheidungsmonopols der Bundesbank im alleinigen oder zumindest vorrangig deutschen Interesse; Abschaffung der Bundesbank als Kern und Symbol wiedergewonnener deutscher Souveränität. Das war der Preis für die Zustimmung zur Wiedervereinigung und dem damit verbundenen Machtzuwachs Deutschlands. Mitterrand war wichtig, Deutschland auch währungspolitisch "einzuhegen". Dem französischen Staatsdenken entsprach zudem die Unterwerfung der Währungspolitik unter den Willen der politischen Führung.

Der deutsche Widerstand war allerdings erheblich und nicht alle französischen Ziele konnten sofort erreicht werden. Die Ziele blieben jedoch gleich. Der Einfluß auf die Europäische Zentralbank (EZB) konnte nach und nach durch eine geschickte Personalpolitik ausgeweitet werden. Auf den Niederländer Wim Duisenberg folgten der Franzose Jean-Claude Trichet und der Italiener Mario Draghi als Präsidenten der EZB. Auch im EZB-Rat konnten Personen durchgesetzt werden, die den währungs- und wirtschaftspolitischen Vorstellungen der französischen Regierungen mehr entsprachen. Der deutsche Einfluß wurde nach dem Rücktritt Axel Webers und Jürgen Starks erheblich reduziert. Die Mehrheiten im EZB-Rat haben sich zuungunsten Deutschlands verschoben.

Ein massiver erster Durchbruch gelang dem französischen Präsidenten Sarkozy im Mai 2010, als die EZB erstmals Staatsanleihen der Krisenländer Griechenland, Portugal und Italien aufkaufte und das Verbot der Staatsfinanzierung unterwanderte. Seither ist die Entwicklung weiter gegangen und die währungspolitische Orthodoxie immer mehr verlassen worden. Die französische Regierung drängt auf die Fortsetzung dieser Entwicklung. Das Anleihekaufprogramm OMT, das die EZB im September 2012 angekündigt hat, sieht unter bestimmten Voraussetzungen den unbegrenzten Ankauf von Staatsanleihen vor.

Die Frage, ob das noch Geldpolitik oder schon (verbotene) Staatsfinanzierung ist, schert die französische Regierung wenig. Das sind Subtilitäten deutscher Juristen, von denen man sich nicht aufhalten lassen will (Sarkozy).

Hinter diesen personellen und inhaltlichen Verschiebungen werden handfeste Interessen sichtbar. Frankreichs Interessen gehen in Richtung einer weiteren Lockerung und Ausdehnung der Geldpolitik, um die (angeblich von Deutschland verhängte) "Austeritätspolitik" ("Sparpolitik") in der EU zu überwinden. Der auf Frankreich lastende Reformdruck soll durch Wirtschaftswachstum gemildert werden. Der von der Regierung Frankreichs erhobene Ruf nach "mehr Solidarität" ist ein Ruf nach mehr Geld, sehr viel mehr Geld. Frankreich macht sich zum Wortführer der Regierungen der Krisenstaaten, die auf eine ähnliche Politik hoffen. Präsident Hollande will auf diese Weise sein politisches Gewicht in Europa erhöhen und - wie er es sieht - mit Deutschland wieder auf Augenhöhe verhandeln. Die engen französischen Wirtschaftsbeziehungen zu den südlichen Krisenstaaten legen eine solche Politik ohnehin nahe, Frankreich hat viel zu verlieren, wenn diese aus dem Euroraum herausfallen. ...

### **Deutschland**

Die deutsche Regierung hat 1989/1990 dem Verzicht auf die D-Mark "nolens, volens" zugestimmt. Helmut Kohl hat dann allerdings die Entscheidung "Einheit gegen D-Mark" konsequent um- und durchgesetzt. Einigen deutschen Bedenken wurde Rechnung getragen: vertraglich festgezurrte u.a. der Haftungsausschluß unter EURO-Ländern, die Unabhängigkeit der EZB und das Verbot der Staatsfinanzierung. Wie man später lernen mußte, waren diese vertraglichen Bindungen das Papier nicht wert, auf dem sie gedruckt waren. Bei den ersten Krisen 2003 wurden die Prinzipien von Deutschland und Frankreich selbst aufgeweicht und im Mai 2010 beim ersten Hilfspaket für Griechenland weggeschwemmt. Seither suchen die deutsche und europäische Politik mit der EZB unter Einbindung des Internationalen Währungsfonds (IWF) - mit reger Beteiligung der internationalen Finanzindustrie - nach einer Lö-

sung. ...

### **Deutschland Zahlmeister?**

Allzu verwundert sollte man darüber in Deutschland nicht sein. War man doch in der EU und in der Welt daran gewöhnt, daß die Deutschen im Zweifel immer zahlen. Die Erfahrung war: Man muß die Deutschen nur gehörig unter Druck setzen und weich klopfen, dann machen sie den Geldbeutel schon auf. Das galt im westlichen Bündnis, wie z.B. beim ersten Irakkrieg 1991, das galt in der EU beim sog. Britenrabatt, den Frau Thatcher herausgeschlagen hat, und das galt in der EU ganz generell. Immer wenn man nach Geld suchte, richtete sich der Blick auf Deutschland. Selbst für die unsinnigsten Projekte erwartete man einen deutschen Finanzbeitrag. Nun ist die Überraschung groß, daß das nicht mehr zu funktionieren scheint. Ein europäisches Grundgesetz scheint in Frage gestellt.

Auch die Deutschen selbst hatten sich an ihre Zahlmeisterrolle gewöhnt. Sie gehen meist resigniert davon aus, daß ihre Regierungen irgendwann einknicken, weil die deutschen Politiker glauben, noch immer die Schuld des 2. Weltkriegs abtragen zu müssen. Nun wollen sie nicht mehr. Der Grund ist allerdings nicht so sehr die verblässende Erinnerung an den Weltkrieg, der immerhin fast 70 Jahre zurück liegt. Sie wollen nicht mehr, weil sie nicht mehr können: Die Solidaritätslasten, die den Deutschen zur Rettung des EURO aufgebürdet werden sollen, sind so enorm, daß ein Innehalten, eine sorgfältige Prüfung und ein Abwägen der Vor- und Nachteile der Übernahme deutscher Verpflichtungen unabdingbar geworden ist. Es kann nicht sein, daß jemand "Europa" ruft, alles kniet nieder und Deutschland stellt einen Blankoscheck aus. Diese Einstellungen scheinen bei vielen europäischen und deutschen Politikern verbreitet zu sein. ...

### **Meinungsbildung und Volksabstimmung**

... Gibt es tragfähige und hinreichend nachvollziehbare Schätzungen der Bundesregierung, wie viel der deutsche Steuerzahler bei der beabsichtigten Eurorettung über jährliche Transferzahlungen an die Krisenstaaten überweisen muß? Sind es maximal 50, 100 oder gar 150 Milliarden?

Die Behauptung, daß es so gut wie nichts kostet, kann nicht sein; denn dann gäbe es an der südlichen europäischen Peripherie ja gar keine Krise. Wie hoch ist die Haftung, in die Deutschland jetzt schon im Rahmen der Eurorettung eingetreten ist? Die Bundesregierung redet sie klein, Hans-Werner Sinn nennt einen Betrag wenig unter 1.000 Milliarden. Welche Haftungssummen kommen mit dem Anleihekaufprogramm der EZB (OMT) auf uns zu? Die EZB nennt 146 Milliarden, Hans-Werner Sinn 369 Milliarden, möglicherweise sogar 920 Milliarden Euro (vor dem BVerfG am 12.06.2013).

Gleichgültig welche Zahlen stimmen, der deutsche Steuerbürger schüttelt sprachlos den Kopf. Wer hat unserer politischen Klasse, wer hat der Bundesregierung das Mandat erteilt, für solche Summen Verpflichtungen einzugehen? Die deutschen BürgerInnen jedenfalls nicht, sie wissen gar nicht, was ihnen geschieht. Eins aber ahnen sie: wenn es schief geht, sind sie die Dummen, wie 1918 und 1945. Wir Bürger müssen uns selbst einen Reim darauf machen und die deutschen Interessen formulieren.

Wir müssen klar sagen, was wir wollen oder nicht wollen - und letztlich mit einer Volksabstimmung darüber entscheiden können. Warum sollte in Deutschland nicht gehen, was bei unseren Nachbarn üblich ist? In Frankreich z.B. hat es bereits zweimal Volksabstimmungen zu Europafragen gegeben, in Großbritannien hat Premier David Cameron eine Volksabstimmung für 2017 versprochen.

### **Modell Italien?**

Was wir nicht wollen können, ist ein Europa, das nach dem Modell Italiens funktioniert. Das "Modell Italien" besagt, daß der Norden endlos für den Süden zahlt, wie das in Italien seit der Gründung des Nationalstaats im 19. Jahrhundert der Fall ist. Der Norden zahlt für den Süden,



den sog. Mezzogiorno bis heute, ohne daß sich der Süden entwickelt und eine selbst tragende Wirtschaft entwickelt hätte. Was sich entwickelt, sind mafiöse Strukturen, die die Subventionen absaugen und den Süden im Griff behalten. Kein Wunder, daß in Norditalien immer wieder Forderungen nach einer Sezession erhoben werden (z.B. Lega Nord).

Folgt man der inneren Logik der Eurorettung, so geht es darum, das "Modell Italien" auf die Eurozone zu übertragen. Der Norden, d.h. vor allem Deutschland, die Niederlande, Finnland etc. sollen dauerhaft für die Defizite des Südens von Griechenland über Italien bis Portugal aufkommen. Da im Süden die notwendigen Reformen und Korrekturen nicht oder unzureichend gemacht werden, ist absehbar, daß sich im Subventionsklima alsbald wie im italienischen Mezzogiorno mafiöse Strukturen bilden. Eigentlich muß man sagen, sie sind schon vorhanden und harren nur der Verstärkung, Erweiterung und Verfeinerung.

Es darf also keinen finanziellen Dauertransfer in die südlichen Peripheriestaaten geben.

### **Vorbereitung des europäischen Bürgerkriegs?**

Auch das Interesse der Einheit Europas verbietet einen solchen Dauertransfer. Die Erfahrung mit Italien zeigt, daß mittelfristig bei den Gebern die Frage nach einer Sezession, nach einer Trennung aufkommt - und das in einem etablierten Nationalstaat.

In Jugoslawien wollten die Slowenen und Kroaten nicht länger für den Süden, insbesondere die Serben bezahlen, die Folge war die Abspaltung und ein verheerender Bürgerkrieg. ...

Man kann unschwer daraus schließen, daß dauerhafte Finanztransfers den Unmut der Geber schüren und Sezessionsbestrebungen bis hin zum Bürgerkrieg fördern. Das gilt besonders, wenn ethnische, historisch bedingte Mentalitätsunterschiede, religiöse oder nationale Identitäten das Unterfutter, die Folie für Sezessionen abgeben, was in Europa in zwanzig oder mehr Jahren voraussichtlich weiterhin der Fall wäre.

Diejenigen, die uns das US-Beispiel der Geld- und Währungspolitik im 19. Jahrhundert als beispielhaft für die Einigungspolitik Europas in der Eurokrise anpreisen, seien daran erinnert: Eine durchaus plausible Theorie zum Ursprung des amerikanischen Sezessionskriegs (1861-1865) besagt, daß es in erster Linie Streitigkeiten zwischen den Süd- und Nordstaaten und nicht die Sklavenfrage waren, die den Sezessionskrieg provozierten. ...

### **Die Deutschen ärmer als andere EU-Bürger**

Eine von der Europäischen Zentralbank in Auftrag gegebene und im April 2013 veröffentlichte Untersuchung zeigt zudem, daß die Deutschen im Schnitt ärmer sind als die meisten anderen EU-Bürger. Das gilt sogar für die Krisenstaaten: Spanien, Italien, Griechenland, auch Zypern. Diese Zahlen sind interpretationsbedürftig und mögen nicht alle Komponenten des "Vermögens" der Deutschen und anderer Europäer richtig einordnen und gewichten. Aber eine Studie der italienischen Notenbank vom Frühjahr 2013, deren erkenntnisleitendes Interesse bestimmt nicht war, die Deutschen arm zu rechnen, kommt im Wesentlichen zu ähnlichen Ergebnissen.

Das paßt nicht ins Bild und wird von interessierten Kreisen, u.a. in den Medien, die die Deutschen auf die Übernahme gewaltiger zusätzlicher Lasten zur EURO-Rettung einstimmen wollen, relativiert und mit vielen Fragezeichen versehen. Aber das Faktum bleibt: die meisten anderen Europäer sind im Schnitt reicher als die Deutschen.

Warum sollten die Deutschen neue, schwere finanzielle Lasten zur EURO-Rettung schultern, bevor nicht die anderen, reicheren EU-Bürger in den Krisenstaaten ihren Beitrag geleistet haben? ...

### **Deutsch-französische Konfrontation?**

Dem französischen Ruf nach mehr Solidarität, nach mehr Geld steht der deutsche Einwand entgegen, daß Solidarität Grenzen hat, daß auch Anstrengungen der Empfänger unerlässlich sind. ...

Frankreichs Drohung ist die Isolierung Deutschlands. 2014 werden die Gedenktage für den

Ausbruch des Ersten Weltkrieges stattfinden. Nicht nur Frankreich bereitet sich intensiv darauf vor. Die Jahre vor 1914 sollten uns Deutschen zu denken geben. Die politische Isolierung ist keine leere Drohung, die Franzosen sind darin recht geschickt, schließlich haben sie es schon einmal mit Erfolg praktiziert. Die angebliche Beliebtheit und Akzeptanz der Deutschen und ihrer Politik könnte sich schnell ins Gegenteil verkehren, das nach dem Krieg gewonnene Vertrauen wäre schnell verspielt.

Das deutsche Druckmittel ist die Auflösung der Eurozone. Die Bundesbank würde über kurz oder lang wieder zum Währungsanker für viele europäische Staaten und der Rest Europas müßte sich "nolens, volens" - wie vor Einführung des EURO - daran orientieren. Eine Horrorvision für Frankreich. Genau das wollte Mitterrand mit dem EURO ausschließen. ...<<

Kroatien trat am 1. Juli 2013 der Europäischen Union bei.